

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 25. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Lord Salisbury.

London, 22. August.

Nur um ungefähr 13 Monate überlebte Lord Salisbury seinen Rücktritt aus dem politischen Leben, in dem er ein halbes Jahrhundert hindurch — von 1833 bis 1902 — als Mitglied des Unter- und Oberhauses, als Staatssekretär und schließlich als Premier thätig war. Die Zeit, in der er wirkte, war groß; sie sah den Aufstieg der Arbeiterklasse, der Socialpolitik, des Deutschen Reiches und der Vereinigten Staaten; sie sah das Wachsen des imperialistischen Gedankens und der europäischen Macht über Afrika und Asien. Und der Mann, der während dieser Zeit viele Jahre an der Spitze eines Weltreiches stand, war von Natur mit reichen Gaben ausgestattet worden; er hatte einen robusten Körper, viel Arbeitskraft und Wissen und eine gemessenartig geschlossene Ausdrucksweise. Dennoch würde man vergeblich suchen nach einer großen politischen Bewegung oder gesetzlichen Maßnahme, die mit Salisbury's Namen verknüpft wäre. Man könnte die englische Geschichte der letzten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts schreiben, ohne Salisbury mehr als vorübergehend zu erwähnen, höchstens wäre er in Verbindung mit den neuesten kolonialen Bestrebungen der Vereinigten Staaten und Frankreichs etwas eingehender zu behandeln.

Lord Salisbury war keine treibende, sondern eine hemmende Kraft. Konservativ im Fühlen und Denken, krankhaft mißtrauisch gegen die sociale Demokratie, aber durch Studium und Erfahrung zur Ueberzeugung gelangt, daß die Volksmassen schließlich siegen müssen, machte er es sich zur Aufgabe, den geschichtlichen Fortgang zu verlangsamen und den Sieg der Arbeiterklasse abzumildern. Im Grunde genommen ist dies die Weltanschauung aller gebildeten und wohlhabenden Engländer. Das „Vorwärts“ kann ihnen nichts bieten; warum nicht den status quo mit allen guten Mitteln so lange als möglich aufrecht erhalten? Das bürgerliche Geschlecht Englands fand deshalb in dem klugen, einflussreichen Aristokraten einen sicheren Führer, der von seiner hohen Stellung aus vieles zur Verbreitung und Befestigung dieser Gedanken getan hat.

Im Jahre 1833, kaum dreißigjährig, wurde Salisbury, damals noch als Lord Robert Cecil bekannt, vom Wahlskreise Stamford ins Unterhaus gewählt. Mit merkwürdiger Konsequenz wirkte er dort gegen jede Ermüdung der Demokratie, gegen jede Reform, die zur Selbstständigkeit des Volkes führen könnte. Sowohl im Unterhause wie seit 1868 bei den Lords trat er stets für Kirche, Privateigentum und persönliche Freiheit ein. Und in diesem Sinne ergoz er auch seine Partei. Salisbury's Eintreten in die eigentliche staatsmännische Laufbahn — seine Ernennung zum Staatssekretär für Indien — fiel in das Jahr 1866, als die Londoner Arbeiter die Ausdehnung des Wahlrechts verlangten. Der junge Staatssekretär demüthigte seinen Einfluss gegen die Gewährung der Reform und als sein Kabinet sich für die Reformbill erklärte, legte er seinen Posten nieder. In den neunziger Jahren gab er dem Widerwillen des britischen Kapitals gegen die Gewerkschaften dadurch Ausdruck, daß er öffentlich von der „Tyrannei der Trades-Unions“ sprach. Auch als Staatssekretär für Indien (1866—1867, 1874—1878) beobachtete er eine passive Haltung und that nichts zur Hebung der indischen Völker.

Mit dem Alter wuchs bei ihm die Abneigung gegen jede Aenderung, zu deren Durchführung er die Mitarbeit der Massen hätte haben müssen. Im Jahre 1897 war es eine seiner bittersten Klagen, daß die organisierten Regierungen an Macht verlieren, während die öffentliche Meinung an Macht gewinnt. Der eigenartige demokratische Imperialismus Kiplings, Rhodes' und Chamberlains stieß ihn ab. Sowohl im Jubiläumsmonat Juni 1897 wie im Mai 1902 warnte er vor überreichten Schritten in der imperialistischen Politik. Nicht goldpolitische oder konstitutionelle Bande könnten das britische Reich zusammenhalten; nur im Wachsen der gegenseitigen Sympathie, der gemeinschaftlichen Gedankenarbeit könne sich die große Weltbestimmung der angelsächsischen Rasse erfüllen; alle vom Staat geschaffenen Bande würden sich dem Reiche nur als Fesseln erweisen und früher oder später gesprengt werden. Sonst hat Lord Salisbury nur indirekt in die innere Politik Englands eingegriffen, indem er als Premierminister in den Jahren 1885—86, 1888—92, 1895—1902 seine Kollegen beeinflusste. Sein eigentliches Gebiet war die auswärtige Politik, die er in den Jahren 1878—90 und dann in Verbindung mit seiner Premierschaft bis 1900 als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes leitete.

Auch auf diesem Gebiete, der eigentlichen Domäne des englischen Welts, vermischt man bei Lord Salisbury die treibende, schöpferische Kraft. Der erste beste gebildete Engländer hätte mit den Machtmitteln eines Weltreiches und mit den kenntnisreichen Beamten von Downing Street mindestens soviel als er leisten können. Die Hauptfrage, die jeden britischen Diplomaten des neunzehnten Jahrhunderts bis ungefähr 1880 interessierte, war die alte orientalische Frage: die Fortbewegung Rußlands nach Konstantinopel. Erst in zweiter Linie kam die Sorge um die Aufrechterhaltung der Seeherrschaft, denn eigentliche Seemächte außer England gab es vor zwanzig Jahren nicht. Die äußere Politik Englands gabte sich damals in folgendem Satz zusammen: „England darf es nicht gestatten, daß der Sund, die Meerenge von Gibraltar, der Bosphorus, die Landenge (später Kanal) von Suez und die Landenge von Darien (Central-Amerika, bei Panama) in die Hände einer Großmacht geraten“. Salisbury war schon vor einem halben Jahrhundert für Rußland. Er war gegen den Krimkrieg, d. h. für die Unterwerfung der Türkei unter Rußland im Jahre 1854. Und Ende 1876, als die Balkanvölker eine Konferenz in Konstantinopel nötig machten, ging Salisbury als außerordentlicher Gesandter dorthin und

ließ sich vom russischen Vertreter Ignatieff so überdreheln, daß der Sultan die Forderungen zurückwies. Derselbe Salisbury kam achtzehn Monate später beim Abschluß des russisch-türkischen Krieges nach Berlin, wo er — unter dem Einfluß Disraelis — gegen Rußland und für die Türkei wirkte: er trug das Seinige dazu bei, daß der Vertrag von San Stefano vernichtet wurde.

Es wäre gewiß besser gewesen, wenn wenigstens Maceonien — im Sinne des San Stefano-Vertrages — bei Bulgarien geblieben wäre. Bulgarien wäre eine Schutzmauer sowohl gegen die Türkei, wie gegen den Jazismus geworden. Man darf zu Rationen, die um ihre Befreiung kämpfen, so viel Vertrauen haben, daß sie ihre gewonnene Selbstständigkeit auch gegen mächtige Freunde wahren werden. Allein Salisbury's russische Politik war principlos; sonst wäre die scharfe Drehung zwischen 1876 und 1878 nicht gut möglich gewesen.

Nach dem Tode Disraelis übernahm Salisbury die Leitung der Tories. Gleichzeitig wurde er wieder russenfreundlich, und da auch Gladstone felsenfest an die erlösende Christenmission des Jazismus glaubte, so erhielt Rußland freie Hand in Central- und Ostasien, wo es in den letzten Jahren ein ungeheures Reich aufbaute. Zur Zeit als Rußland Vorbereitungen machte, Fort Arthur im fernen Osten zu besetzen und sich auch den Weg nach Vender Abbas am persischen Meerbusen zu bahnen, erzählte Lord Salisbury den Finanzleuten der City, daß die antirussische Politik Disraelis antiquiert sei und daß England im Jahre 1884 aufs unrechte Pferd gewettet habe.

Es soll indes nicht geleugnet werden, daß nach 1880 die diplomatische Lage Englands eine sehr verwickelte geworden ist. Die Enttäuschung Rußlands auf dem Berliner Kongreß drängte die zarische Politik nach Asien, dann beschleunigte sie die russisch-französische Alliance, deren Werten schon im Jahre 1875 allgemein bemerkbar war. Dazu kam die neue Kolonialpolitik. Frankreich unternahm die Gründung eines neuen Kolonialreiches, ebenso ging Deutschland daran, Kolonien zu erwerben. Die neuen Kolonialmächte gerieten bald in einen Gegensatz zu England. Verschärft wurde dieser Gegensatz durch die englische Besetzung Aegyptens, Birmas und durch die Wirren in Südafrika. So stand England im Jahre 1885, als Salisbury zum erstenmal zur Premierschaft gelangte, vor der Alternative, entweder Anschluß an den Dreibund zu suchen oder gegen eine europäische Koalition zu kämpfen. Salisbury näherte sich dem Dreibund und schloß 1887 ein Bündnis mit Italien gegen Frankreich ab. Nach dem Sturze Bismarcks entwickelte sich für einige Zeit ein freundschaftliches Verhältnis zwischen England und Deutschland. Die Zeit des Bündnisses mit Italien benutzte England zu Verhandlungen mit Frankreich im Südosten Afriens, dann zu Vorbereitungen, den Sudan wieder zu erobern und die Herrschaft in Aegypten zu befestigen. Die ganze britische Politik in den neunziger Jahren war auf die Kapstadt-Kairo-Linie konzentriert. Sie wollte in Afrika Ersatz suchen für die Einengung des Gebiets in Asien durch Rußland. So kam es, daß sogar der sehr vorsichtige Salisbury den Franzosen am Ober-Nil ein mächtiges Halt zurief und sie bei Fachoda zum Rückzug zwang, sowie daß er Chamberlain und Rhodes freie Hand in Südafrika ließ. Lord Salisbury kam von der Anklage, den Boererkrieg mit verschuldet zu haben, nicht freigesprochen werden.

Das in den letzten fünf, sechs Jahren entstandene herzliche Einvernehmen zwischen England und den Vereinigten Staaten hat Salisbury bedeutend gefördert. Die wegen des britisch-venezolanischen Grenzstreites erlassene kriegerische Botenschaft Cleveland's im Dezember 1895 beantwortete Salisbury in taktvoller Weise und hielt den Vereinigten Staaten die Hand der Freundschaft hin. Während des spanisch-amerikanischen Krieges stand Salisbury auf Seiten der Amerikaner. Die alte, obengenannte diplomatische Tradition Englands betreffend einen central-amerikanischen Kanal ließ Salisbury zu Gunsten der Vereinigten Staaten fallen.

Salisbury konnte schließlich gar nicht anders handeln. Als Cleveland den Kriegsruf ausließ, machten sich Jameson und seine Leute bereit, in Transvaal einzubringen. Der deutsche Kaiser telegraphierte an Krüger, und die deutsche Regierung sondierte die europäischen Mächte, ob nicht eine Koalition gegen England zusammengebracht werden könnte. Dann kamen Fort Arthur, Fachoda, die Krisis in Südafrika. England brauchte Freunde und diese suchte es unter den Kindern Britanniens.

Salisbury war kein Führer, kein voraussehender Staatsmann, sondern ein Radläufer und ein Jauderer. Zwischen seinem Rücktritt am 11. Juli 1902 und seinem Tode am 22. August sind nicht viel mehr als 13 Monate vergangen, und diese kurze Spanne Zeit genügte, Salisbury's Namen der Vergessenheit zu überliefern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. August.

Zur Kaiserinsel.

Unser Kollege Leib ist bisher nicht der Freiheit wiedergegeben worden. Mit Recht wendet sich die „Vossische Zeitung“ gegen dies durch nichts zu rechtfertigende Maßnahme:

„Wie in der Veröffentlichung des Planes, der nicht dem Kaiser, sondern irgend welchen Hofkreisen zugeschrieben wurde, eine Majestätsbeleidigung gefunden werden kann, ist einseitig unwiderlegbar zu ersehen, als der „Vorwärts“ selbst erklärt, daß der Herrscher von dem Plan keine Kenntnis gehabt habe. Aber selbst wenn eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben würde, wäre damit die Verhaftung des Redakteurs noch nicht gerechtfertigt. Die Verhaftung ist nur zulässig, wenn 1. dringende Verdachtsgründe vorliegen und zugleich 2. der Redakteur der Flucht verdächtig ist oder Thatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß er Spuren der That vernichten oder Zeugen oder Mitschuldige

zu einer falschen Aussage oder Zeugen dazu verleiten werde, sich der Zeugnispflicht zu entziehen. Diese Thatsachen sind offenkundig zu machen.“ Der Verdacht der Flucht bedarf nur dann keiner Begründung, wenn ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet, und die Majestätsbeleidigung aus § 86 des Strafgesetzbuchs ist kein Verbrechen, sondern ein Vergehen, oder wenn der Angeklagte ein Heimaltslofer, Landflüchtiger oder Ausländer ist, was alles hier nicht zutrifft. Da noch niemals ein Redakteur des „Vorwärts“ sich den Gerichten durch die Flucht entzogen hat, ist auch im vorliegenden Falle der Fluchtverdacht schwerlich zu begründen. Wie aber eine Verdunkelung des Thatbestandes, da das Manuscript offenbar vernichtet ist, bewirkt werden sollte, insbesondere durch den Redakteur selbst, ist ebenfalls nicht zu erkennen. Es wird nicht leicht sein, „Thatsachen“, die dafür sprechen, offenkundig zu machen.“

Auch in Regierungskreisen scheint man die gerichtliche Aktion mit beklommenen Gefühlen zu begleiten. So „verlautet“ am Sonntagmorgen in der „Königlichen Zeitung“, daß „für die Regierung bei den Hausdurchsuchungen beim „Vorwärts“ und bei der wegen der „Kaiserinsel“ gegen ihn eingeleiteten gerichtlichen Verfolgung keineswegs die Absicht im Vordergrunde gestanden haben, die Bestrafung eines Redakteurs wegen Majestätsbeleidigung oder wegen groben Unfugs herbeizuführen. Waghändig soll vielmehr die Absicht gewesen sein, alle Mittel aufzuwenden, um einmal zu zeigen, wie solche leichtfertigen und bössartigen Gerüchte entstehen, die sich mit ihrer Spitze mit Vorliebe gegen den Landesheeren richten. Nachdem der „Vorwärts“ unbestimmt um ein in schärfster Form abgefaßtes Dementi seine Mitteilungen aufrecht gehalten hatte, blieb, da ferner sachliche Richtigkeiten bei der politischen Kampfesweise des „Vorwärts“ ebenso erfolglos gewesen wären, nichts anderes übrig, wie den Versuch zu machen, die Richtigkeit und Unwahrheit jener Meldungen auf dem Wege des gerichtlichen Vorgehens vor aller Welt anzulegen.“

Man kann nicht sagen, daß die Offiziösen ein wenig von dem socialdemokratischen Schmeineglied haben; denn zur selben Zeit, da in Köln offiziös als Zweck der Aktion die gerichtliche Auslieferung bezeichnet wurde, gab in Berlin der „Vorwärts“ nicht nur dem gleichen Verlangen Ausdruck, sondern zeigte sogar den Weg, wie dieser Zweck schnell und sicher zu erreichen ist: der Staatsanwalt solle gegen uns die Klage wegen Beleidigung des Hofmarschalls v. Trotha einleiten, den wir der wissenschaftlichen Unwahrheit geziehen haben, einen Vorwurf, den wir heute wiederholen, da die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ heute nicht bekennt, daß sie ohne Auftrag von Herrn v. Trotha die wahrheitswidrige Behauptung in die Welt gesetzt hat, der Hofmarschall wisse nichts von dem Schloßbau. In diesem Prozeß werden wir u. a. auch durch das Zeugnis des Herrn v. Trotha unter Beweis stellen:

1. daß das Familienloß auf Pichelswerder in höffischen Kreisen ein in Aussicht genommenes Projekt ist. Ja, es wird sich zeigen, daß dieser Plan bereits viel greifbarer ist als in der abgemachten Darstellung des „Vorwärts“;
2. daß die Hofherren die Notwendigkeit dieses Baues ausdrücklich mit der persönlichen Sicherheit des Königs begründet haben;
3. daß die Insel zu diesem Zweck enteignet werden soll;
4. daß ein besonderer Verwaltungsbezirk und Reichstags-Wahlkreis geschaffen werden soll, in dem nur königliche Angestellte wohnen sollen.

Herr v. Trotha wird insbesondere noch bezeugen, daß er die bisher erst in der Form einer Anregung — Nr. 1—4 ist dagegen bereits gestalteter Plan — aufgetauchte Frage der indirekten Zusammenstellung der Garde aus Eitemannschaften für sehr unwahrscheinlich hält.

Wir kommen also den Tendenzen der Regierung durchaus entgegen, wenn wir diese Anklage gegen uns wiederholt fordern. Selbst das „Berliner Tageblatt“ erklärt es jetzt für das „Allereinfachste und Allerwundersmäßigste“, wenn das Hofmarschallamt eine bündige Erklärung erließe, „damit endlich alle die fabelhaften Geschichten vor der Öffentlichkeit verschwinden“. Diese bündige Erklärung wird aber ausbleiben, wie es ja auch eine freie Erfindung der „Königlichen Zeitung“ ist, daß das gerichtliche Verfahren eingeleitet sei, weil sich der „Vorwärts“ allen sachlichen Erklärungen unzugänglich erwiesen hat; es ist überhaupt in der bürgerlichen Presse in der ganzen Angelegenheit keine einzige sachliche Erklärung erschienen, die irgend welchen Wert besessen hätte.

Ein Berliner Blatt läßt sich von einem Specialweisen aus Spandau versichern, daß man dort an die Sache nicht glaube:

„Ganz absurd, geradezu wahnwichtig klingt aber die Behauptung von der Bildung eines eignen Reichstags-Wahlkreises und der Hineinbeziehung der Spandauer Militärverhältnisse in denselben. Diese Fabrikfabrikation liegen ganz abseits von Pichelswerder, etwa 4—5 Kilometer davon entfernt“ auf der andren Seite von Spandau; inmitten der Werkstätten wohnen nur wenige Beamte und Arbeiter; das nach Tausenden zählende andere Personal wohnt in den geräumigen liegenden fiskalischen Gebäuden in der Stadt Spandau, in den benachbarten Dörfern, vielfach auch in Berlin und den Vororten. Was sollte also wohl die Angliederung der Militärverhältnisse an Pichelswerder bezwecken? Kurz, ein tolles Phantasieprodukt als die Kaiserinsel-Geschichte des „Vorwärts“ ist wohl selten zu Tage gefördert worden.“

Wir finden in der Lage, diesen „wahnwichtigen“ Reichstags-Wahlkreis, in dem nur königliche Angestellte wohnen sollen, näher zu beschreiben. Er soll — immer nach der Absicht der Hofprojektmacher — sich zusammensetzen: aus der Kaiserinsel Pichelswerder, dem Bezirke der hantlichen Werkstätten in Spandau, der Domäne Ruhleben, dem Bezirk Döberitz und Hahneberg.

Das Berliner Antisemitenorgan für rumänische Finanzen und internationale Ritualmorde, die „Staatsbürger-Zeitung“ meint:

Die Infections-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonizelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Kosten 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Insekte für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Jeder verständige Mensch müßte doch begreifen, daß das Verfahren gegen den „Vorwärts“, die Hausführung nach dem Manuskript usw. lediglich die Zweck haben, festzustellen, wer von den „Vorwärts“-Leuten der Verfasser des Artikels ist, da man dem „Genossen“ Leid nicht so viel Phantasie zutraut. Der „Vorwärts“ aber stellt sich, als sei die Nachforschung nach dem Manuskript der Beweis für die Wahrheit seines Inhabers, als wolle die Behörde durch dieselbe den hochstehenden „Vertrauter“ erwidern, der den Plan des Kaisers oder der Hofleute dem „Vorwärts“ zugebracht habe.

Danach gehört der Untersuchungsrichter, der die Aktion gegen den Genossen Leid führt, nicht zu den „verständigen Menschen“ der „Staatsbürger-Zeitung“; denn er hat uns in der amtlichen Bescheinigung der Hausführung wissen lassen, daß er Briefe, Karten, Geschäftsbücher usw. deshalb durchsucht habe, weil er über den Verfasser und Empfänger der Artikel Aufschluß haben wollte.

Die Frankfurter Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ will sich von ihrem Berliner gemieteten Draht-Diplomaten nicht überbieten lassen und versucht sich ihrerseits in der höheren Diplomatie:

Dann aber muß doch einmal darauf hingewiesen werden, daß unter Umständen es den Zwecken der Reaktionen ganz gut passen kann, das, was sie zur Förderung ihrer Sonderaktionen an die Öffentlichkeit bringen wollen, durch fremde Kanäle geben zu lassen, und wie die Dinge liegen, ist es sogar kein großes Kunststück, durch geschickte Lanzierungen unter Umständen selbst sozialdemokratische Blätter für Veröffentlichungen zu benutzen, die im Grunde genommen gegen die Sozialdemokratie verwendet werden sollen. Natürlich helfen dann die betreffenden sozialdemokratischen Blätter ganz unfreiwillig und unbewußt mit und werden über die eigentlichen Quellen im Unklaren gelassen. Aber die Kritiklosigkeit, mit der sie oft auf solche Dinge hereinfallen, erleichtert diese Arbeit, und einsichtige Führer der Sozialdemokratie halten ja auch nicht mit ihrem Bedauern darüber zurück, daß z. B. das Berliner Zentralorgan der Sozialdemokratie so leichtgläubig auf jeden Räder anbeißt, der ihm hingehalten wird, und dann oft mit einem Ungeheißel darauf losschlägt, daß die Gegner die helle Freude daran haben. Nur das bekannte „Schweineglück“ der Sozialdemokratie hat diese, wie gesagt, von guten Sozialdemokraten selbst beflagten Ungeheißlichkeiten meist noch einigermaßen wieder ausgeglichen. Der Verdacht einer solchen indirekten Lanzierung wird unwillkürlich reger bei der phantastischen Erzählung des „Vorwärts“ über den angeblichen Schloßbau auf Hülsholmwerder, die dabei obwaltenden Abschließungs- und militärischen Verteilungsbefehlen. Der „Vorwärts“ hält trotz der ganz bestimmten Dementierungen an der Richtigkeit seiner Erzählung krampfhaft fest, obwohl man seinen Ausführungen dabei anmerkt, daß ihm selber dabei nicht ganz wohl zu Mute ist.

Gewiß, genau so ist es gewesen: Ein fanatischer Feind der Sozialdemokratie hat diese den höchsten Kreisen so äußerst angenehme Sache uns aufgebunden. Und dieser finstere Intrigant ist dabei so übermäßig schlau zu Werke gegangen, daß er uns mit einer Geschichte hineinlegte, die selbst die „Frankfurter Zeitung“ sofort als eine Humbugphantasie erkannt hat. Jammerhabe, daß so viel erfahrene Diplomaten nutzlos in der Großen Eschenheimergasse verblümmen muß!

Einstweilen feiert die Frankfurter Diplomatie den Triumph, daß die gesamte Scharfmaçherpresse („Berliner Neueste Nachrichten“, „Reichsbote“ usw.) heute sich auf die Majestätsbeleidigungs-Demonstrationen des demokratischen Blattes beruft.

Die „Konservative Korrespondenz“ beginnt einen Artikel über „Die Partei der Lüge und ihre Centralorgan“ wie folgt:

„Kein anerkanntes Preßorgan irgend einer Partei ist auch nur annähernd so häufig auf Lügenpfaden entpuppt worden wie das Centralorgan der Sozialdemokratie. . . . Unbegreiflich ist es nur, daß sich noch immer ein großes Publikum findet, das die Enthüllungen des „Vorwärts“ immer wieder gutgläubig aufnimmt, obwohl sich davon schon so vieles als Lüge erwiesen hat. Man sollte doch meinen, daß es allseitig für angebracht gehalten würde, der Sensationsmacherei des sozialdemokratischen Hauptblattes mit dem größten Mißtrauen entgegenzutreten. Aufmerksam sieht aber noch immer die Neugierde und das Sensationsbedürfnis über Vernunft und Urteilskraft.“

Welche Blätter haben die größten Erfolge bei dem Straßenverlauf? Nur diejenigen, die auf die Neugier und Schabensfreude solcher spekulieren, denen es auf ein paar Groschen nicht ankommt. Den Käufern von Standa- und Lügenliteratur haftet aber immer das Stigma der Unreife an. Der sittlich und politisch Reife wird wahrlich sich angewidert von Preßzeugnissen abwenden, von denen alle Welt weiß, daß sie auf Lügenpfaden wandeln. Von dem sozialdemokratischen Centralorgan ist das eine bekannte und in sehr vielen Fällen erprobte Sache. Also müßte für jeden anständigen Menschen die Parole lauten: Hand weg vom „Vorwärts“!

Dann wird die Kaiserinsel mit sittlicher und politischer Reife als Lüge und Erfindung des „Vorwärts“ entlarvt. Derselbe Artikel aber schließt:

„Dann aber wird es notwendig sein, auf den konservativen Antrag zurückzukommen und das Stehlen und Nehlen von Briefen, Akten und andern Schriftstücken unter schwere Strafen zu stellen. Dadurch allein wird man dem „Vorwärts“ und der Partei der Lüge ihr Handwerk zu legen vermögen.“

Die sittliche und politische Reife der „K. K.“ äußert sich nicht besonders intelligent. Wie kann man gegen Lügen und Erfindungen ankämpfen, indem man die Veröffentlichung von Briefen und Aktenstücken unter Strafe stellt. Durch Briefe und Aktenstücke pflegen doch nur unangenehme Wahrheiten bewiesen zu werden. Es scheint also, daß die „K. K.“ auch in diesem Fall überzeugt ist, daß nicht der „Vorwärts“ den Lügenpfad gegangen ist und daß er deshalb gewalttätig an der Aufdeckung der Wahrheit gehindert werden müsse.

Auch diese Affäre gestaltet sich wieder zu einem politischen Rundgemälde der bürgerlichen Meinungsmacherei, die sich in ihrer ganzen Mächtigkeitsblödsinnigkeit. Deshalb ist es nicht unwichtig, diese Zeugnisse festzuhalten.

Tropenkoller.

Aus Halle schreibt man uns vom 22. August: Ueber vielseitige Erziehungsmittel im Dienst verfügte der Sergeant Wilhelm Reibelung von der 1. Compagnie des 36. Infanterie-Regiments von hier, der vor dem Kriegsgericht der 8. Division wegen einer ganzen Reihe skandalöser Soldatenquälereien unter Anklage stand. Die Vergehen des Angeklagten, der den China-Feldzug mitgemacht hat, lassen darauf schließen, daß er kein Prima-Chinakrieger gewesen ist. Durch 14 teils auswärtig teils hier selbst vernommene Zeugen wurde folgendes Sündenregister festgestellt: Schläge mit dem Besenstiel und mit dem eisernen Offiziershaken auf den Kopf waren nichts seltenes. Letzteres Werkzeug gebrauchte er besonders, wenn sich die Untergebenen seiner Meinung nach die Haare nicht ordentlich gekämmt hatten. Hatte er schlechte Laune, dann schnitt er seinen Untergebenen die Knöpfe von den Röcken und plagte die armen Kerle mit dem Wiederannahen. Nicht bloß in der Zeit, in der die Rekruten einbezogen wurden, sondern auch zu anderen Zeiten räumte er, wenn er eine unglückliche Stunde bekam, 10 bis 12 Spinde der Untergebenen aus, warf die Gegenstände, Puppen, Mägen, Wäsche, Kleidungsstücke etc. auf einen Haufen, dann wühlte er die Sachen durcheinander, sprang wie ein Verdächtigter mit den Füßen in dem Haufen umher und beschloß dann den Leuten, die Sachen wieder fein sauber zu machen und in die Spinde zu packen. Auf dem Scheibensstand hegte er die Leute im Lauffschritt hin und her. Sie mußten 20 Minuten Marsch, marsch machen und wer dabei einen Fehler machte,

den nahm er später mit auf seine Stube, wo dann die Schinderei von neuem los ging. Mit den Mänteln bedeckt, im geheizten Zimmer und mit präsentierendem Gewehr mußten die Leute Kniebeuge machen, bis sie nicht mehr konnten. Wenn die Leute vor Ermattung zusammensinken wollten, dann mußten sie mit präsentierendem Gewehr in der Kniebeuge zum Zimmer hinaus hüpfen.

Goch interessant ging es in der Singstunde des Angeklagten her. Er selbst machte den „Gesanglehrer“ und hatte seiner Meinung nach jemand schlecht gesungen, so mußte er in Kniebeuge singen. Um dann bessere Töne zu erzielen, fing der Angeklagte auf die Schultern des Knieenden, um so dem Gesang die „richtige Weisheit“ zu geben. Ohrfeigen und Abschüttelungen waren für die Untergebenen nichts Neues. Sein Lieblingschimpfwort war „... s. Uel“. Bei guter Laune verpörrte der Angeklagte das Bedürfnis, den Leuten zu befehlen, die Gewehre in den Mund zu nehmen. Mit dem Gewehre zwischen den Zähnen mußten dann die Leute zum Vergnügen des Unteroffiziers zeitweise auf allen Vieren in den Zimmern herumkriechen. Die Vorgesetzten des Angeklagten, Hauptmann Jungmann und Lieutenant Rodstrof, besandeten, von den Schützigen nichts gemerkt zu haben und schilderten den Angeklagten als einen strebsamen, besonders tüchtigen Unteroffizier. Ein Zeuge, der den Angeklagten besonders schwer belastete, wurde von letzterem als ein Mann bezeichnet, der in verbottenen Lokalen verkehrt habe. Der Anklagevertreter beantragte eine gelinde Strafe, sechs Monate Gefängnis, und das Gericht beschloß, die Verhandlung behufs weiterer Beweis-erhebung auszusetzen.

Zum Wahrscheinlichkeitsvergleich bringt die „Nationalliberale Korrespondenz“ eine Notiz, aus der hervorgeht, daß die Nationalliberalen sich auch mit der Beibehaltung des Dreiklassenstems befremden werden, wenn nur dem Großkapital dabei Rechnung getragen wird. Als Mittel dazu betrachtet sie den Wegfall der staatlichen Grundsteuer bei der Steueranrechnung für die Klassen-teilung. Es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß die Mehrheit des sächsischen Volkes ebensowenig für das Großkapital wie für die Agrarier votiert hat. Die Mehrheit des sächsischen Volkes ist sozialdemokratisch und fordert das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.

Daß die Konservativen die Besichtigung der von der Regierung geplanten Vorkonferenz abgelehnt hätten, wird jetzt in den „Dresdner Nachrichten“ als falsch bezeichnet.

Wo bleiben die gemulden Kohlen? Anknüpfend an die dauernden Klagen der Vergleute über zu starkes Wagenmüllen schreibt ein Fabrikant der „Frankfurter Zeitung“:

„Alle Beteiligten, auch die Vergleute, werden zugeben, daß eine Aufsicht nötig ist über die Qualität der geforderten Kohlen, denn es ist nicht gleichgültig, ob die bei der Gewinnung unvermeidbar mitgehenden Steine, Gebirgssteine unter den Brennstoff kommen oder nicht. Man versteht draußen nicht recht, warum so viele Streitigkeiten über diese Frage entstehen, wo es doch nicht schwierig erscheint, die Aufsicht durch Beamte bewirken zu lassen, welche beiden Parteien recht sind und deren Unparteilichkeit zweifellos ist. Ob in allen Fällen, bei Verwerfungen usw. eine gehörige Scheidung unter Tage bei der dortigen mangelhaften Beleuchtung und den Geflogenheiten der Gänge möglich und leicht ausführbar ist ohne Schädigung der Lohnbezüge, erscheint zweifelhaft; jedenfalls kann durch entsprechende Mehrlohn, höheres Gebinde den Ansprüchen der Leute auf Gewährleistung von gutem Auskommen bei ihrer schwierigen und gefährlichen Arbeit Genüge geleistet werden bei gutem Willen. Dabei drängt sich aber eine andere wichtige Frage auf, nämlich: wo bleiben die vielen gemulden Wagen Kohlen? Werden sie getrennt von den normalen Förderungen behandelt, billiger verkauft oder getrennt einer neuen Auslese unterworfen, um nur normale Quantitäten zum Abfahre gelangen zu lassen? Der Eisenfabrikant verwendet seit 30 Jahren ziemlich Mengen Kohlen und hat sehr oft große Klagen zu führen über mangelhafte Entfernung der Steine und machte dabei merkwürdige Erfahrungen, die auch von vielen andren Seiten bestätigt werden. Noch niemals wurde beobachtet, daß eine Zeche, ein Lieferant angibt: aus dem und dem Grunde kam es vor, daß ein Wagen so und so mangelhafte Kohlen enthält, welche infolge des Minderwertes billiger berechnet werden. Eine Kohle, welche in normaler Beschaffenheit 5 Proz. Asche enthält, wurde oftmals mit vielen sichtbaren Flecken, oft auch mit großen Steinen geliefert, hatte nach Verwiegung 15 bis 20, ja 22 Proz. Asche, ohne daß die Zeche jemals ein Wort vorab sagte. Die Reklamationen werden meist so behandelt, als ob sie unberechtigt seien, und die Zwischenhändler geben vielfach an, sie selbst hätten die natürlich erfolgenden Abzüge zu tragen, die Zeche vergütete sie nicht. Es kam vor, daß dem Händler gegenwärtig wurde nach einigen vorangegangenen Redensarten, „weil Herr A. nicht aufhört zu schreiben, bekommen sie überhaupt nichts mehr“. Hält man derartige Vorgänge, die viele Verbraucher befähigen werden, mit den Klagen der Arbeiter zusammen, so scheint allerdings eine durchaus andere Geflogenheit, betreffend die Qualität der Kohlen, nach beiden Seiten dringend nötig und bald wünschenswert, und zwar Einrichtungen, welche sowohl gerechte Behandlung des Arbeiters wie des Verbrauchers sicher gewährleisten. Die weiteren ewigen Klagen über ungenügenden Inhalt der Wagen seien hier nur gestreift; die Wiegebücher der Verbraucher geben darüber Aufschlüsse.“

Daß eine Aufsicht über die Qualität der geforderten Kohle nötig ist, geben die Vergleute von vornherein zu durch die Forderung, daß ein Vertrauensmann der Arbeiter, von diesen bezahlt, die Wagen vor der Abnahme prüfen soll. Damit geht sie auch ohne weiteres zu, daß die Frage zur gegenseitigen Zufriedenheit gelöst werden kann. Allerdings haben sie auch die berechnete Forderung gestellt, daß bei der Feststellung des Gebindes darauf Rücksicht genommen werden muß, ob die Leute nach der Beschaffenheit des Hölzes reine Kohle liefern können, ohne im Verdienst geschädigt zu werden.

Was der Fabrikant über die Verbrennung der angeblich oder wirklich unreinen Kohle sagt, würde, wenn es richtig ist, mindestens beweisen, daß den Arbeitern jetzt Wagen gestrichen werden, welche die Zechen sehr wohl für verkaufsfähig halten, so daß die Streichung keinen andren Grund wie die billige Erhöhung des Profits hätte.

Der Wahlstrahl in Laurahütte. Dieser Tage ist, wie gemeldet, den Angeklagten die Anklageschrift zugegangen. Die Anklage lautet auf Aufruhr und Aufruf. Angeklagt sind 66 Personen, darunter ein Redakteur des „Gornoslozaj“ als Hauptthäter sowie der Vater und ein Bruder des Abgeordneten Korjant, 29 Personen sind in Untersuchungshaft, geladen werden 64 Zeugen.

Katholikentag. Die 50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands wurde Sonntagmorgen in Köln durch einen Festzug der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine eingeleitet. Die Teilnehmer am Zuge vereinigten sich später in sieben Versammlungen. In derjenigen, die in der Festhalle unter dem Vorsitz des Abgeordneten Trimborn abgehalten wurde, sprach Reichs- und Landtagsabgeordneter Littart über die Jubelfeier der Katholiken-Versammlungen und über den Erfolg der katholischen Arbeiterchaft in der Vergangenheit. Daraus hielt Kardinal Erzbischof Fischer eine Begrüßungsansprache. Vorher feierte der Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse sein 25. Jubiläum. Vorher feierte in der offiziellen Festsprache die Bedeutung der katholischen Presse. Kardinal Fischer sprach unter der Parole: Sie Christ, die Antichrist. Am Montagvormittag fand die erste geschlossene Versammlung statt. In seiner Begrüßungsansprache hob Justizrat Custodis die Notwendigkeit hervor, für die arbeitenden Klassen zu sorgen, und betonte besonders, daß ein guter Katholik auch ein guter Patriot sei. Bei den danach vorgenommenen Wahlen wurde Güter Löwenstein-Wertheim-Freudenberg zum Ehrenvorsitzenden, Dr. v. Orterer zum Präsidenten, Freiherr v. Stöckingen zum ersten, Graf Praszma zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Orterer dankte für die Wahl, in der er eine Ehre seines Standes und des Vaterlandes erblickte. Die Versammlung beschloß später ein Guldigungstelegramm an den Kaiser.

Deutsch-englische Schlägerei. Aus London wird berichtet: Eine wilde Schlägerei zwischen Matrosen vom deutschen Schulschiff „Stoß“ und englischen Artilleristen fand nach einer Meldung der „Daily News“ in der Nacht zum Sonntag in Queenstown (Irland) statt. Zwei englische Soldaten erlitten dabei ernste Verletzungen. Dem einen wurde die Nase fast völlig abgehauen, der andre erhielt einen Stich in die rechte Schulter. Die Schlägerei entwickelte sich aus einem Zusammenstoß zwischen Betrunknen auf beiden Seiten.

Die Urkunde des Kaisers. In Trebnitz existiert eine Hedwigs-Kirche, die am Sonntag ihr 700. Jubiläum feierte. In der Kirche soll Hedwig, die Urküne Wilhelms II., ruhen. Als Vertreter des Kaisers erschien Prinz Friedrich Heinrich bei der Kirchen- und Familienfeier.

Die Leichner-Feier. Anfangs Oktober soll in Berlin ein Richard Wagner-Denkmal unter gewaltigem Klimbin eingeweiht werden. Arrangeur des Ganzen ist der Festschmücken-Fabrikant Leichner, mit dem der Kultusminister und sonstige Epigonen der Behörden an dem Festglanz des Festes arbeiten. Alle hervorragenden Wagner-Musiker und Musikgelehrten haben sich zwar demonstrativ von der Veranstaltung zurückgezogen, dennoch aber wird ein großes Volksfest geschnitten werden.

Anfangs war der bayrische Prinz Ludwig Ferdinand, der Vassallen-Redner, Ehrenpräsident. Dann wurde von Berlin aus gemeldet, daß auch ein Hohenzoller präsidieren möge, und man gestellte dem Bayern den musikkundigen Prinzen Joachim.

Rum aber hat der Bayer das Präsidium niedergelegt. Wenigstens will er nicht an dem Fest teilnehmen, und hat diesen Entschluß ziemlich deutlich begründet. Die einzige Folge dieses Zwischenfalls wird freilich nur die sein, daß Herr Leichner andrückt: R o c h m e h r Schnitte! —

Der goldene Fahrstuhl kost. Der Pressklub will, nachdem seine Gönner ihn so bloßgestellt haben, nicht weiter leben. Er will sich demnächst auflösen und vorher noch beschließen, wie er die 25 000 M. an Herrn Romeid wiedererstattet. Vielleicht besorgt Herr Goldberger diese finanzielle Transaktion.

Husland.

Zwei Reden des Ministerpräsidenten Combes.

Der französische Ministerpräsident hat am Sonntag in Saintes (Departement Charente Inférieure) zwei Ansprachen gehalten, in denen er sich heftig gegen die reaktionären Umtriebe des Merkantilismus wandte und erklärte, seinen Kampf gegen diesen energisch fortsetzen zu wollen. Die erste Ansprache hielt Combes bei dem Empfang der Behörden. In Erwiderung auf eine Ansprache des protestantischen Pfarrers sagte er, es besterbe eine Gedankenrichtung, die darauf hinzielt, in einer vielleicht schon nahen Zukunft Veränderungen in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat herbeizuführen. Wenn diese Möglichkeit sich verwirklichte, werde aus voller Gerechtigkeit und voller Notwendigkeit der Staat allen Religionen die Freiheit sichern müssen, auf die sie zum Schutz der Gewissensfreiheit ein Recht haben.

Nach dem Empfang fand zu Ehren des Ministerpräsidenten in den Werkstätten der Staatseisenbahn ein Festmahl zu 2200 Gedecken statt. Auf diesem Festmahl hielt Combes eine zweite Rede. Er habe, erklärte er, gegen die Reaktion so scharfe Hiebe geführt, daß diese ihn mit Schmähungen überhäufe. Die wahre Ursache dieses Hasses gegen ihn sei die, daß er am Tage nach der Annahme des Gesetzes, welches nach Ansicht der Mehrheit der Republikaner ein Gesetz der Verteidigung gegen den Merkantilismus, den Lobfeind der Republik sei, die ausübende Gewalt übernommen habe. An der Spitze dieser Mehrheit habe er den Feind aus den starken Stellungen verdrängt, die er dank der Schwäche der früheren Regierungen innegehabt habe. (Stürmischer Beifall.)

„Ja bin“, so fuhr Combes fort, „entschlossen, diesen Kampf ohne Gnade fortzuführen bis zum Siege des republikanischen Geistes über den Merkantilismus, und werde mich weder durch Beleidigungen, noch durch Drohungen oder Bitten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, beeinflussen lassen. Das Land allein kann sagen, ob ich mein Mandat zu seiner Zufriedenheit erfülle. Ich wende mich daher an das Land (Beifall) und überall in ganzen Lande billigen die Republikaner den Kampf gegen die Merkantilisten und nationalisierende Reaktion und fordern die Regierung auf, ihr Werk der Verteidigung der Republik fortzusetzen. (Beifall.) Das Land bleibt dem Intriguenspiel fern. In seinen Augen beherrscht nur ein einziger Punkt alles und das ist die für alle Republikaner bestehende Pflicht, eine feste und entschlossene Masse gegen die Gegner zu bilden und das Ministerium entschieden in seinem festen Entschluß zu unterstützen, mehr und mehr die dem Lande versprochenen Reformen zu verwirklichen. (Beifall.) Die Reaktion hat ihre alten Fahnen verlassen, sie betreibt sich jetzt als Partei der liberalen Aktion. Ihre Sprache hat sich geändert. Die Freiheit wird als der höchste Schiedsrichter unter den Parteien gepriesen und die Reaktion verspricht jedem völlige Freiheit unter der alleinigen Bedingung, daß dies eben die Freiheit der Kongregationen sein wird.“

Der Ministerpräsident kritisierte sodann den christlichen Sozialismus und spottete über die überzeugten Reaktionäre, welche sich mit ihrem Liberalismus brüsten und somit der alten Münze ähnelten, die auf der einen Seite das Wappen der französischen Republik, auf der andren den Kopf Napoleons trug. Die Partei der liberalen Aktion ersehe den Kopf des Souverains durch den Pantoffel des Papstes, beide Münzen seien aber gleich viel wert. Er sehe in der liberalen Aktion eine Gegenrevolution, welche durch eine künstliche Sprache sich an die Stelle der Revolution zu setzen suche. Die Republikaner würden sich dadurch aber nicht täuschen lassen, sie, die stets so eifersüchtig über den Schutz der Zivilbehörden gegen Eingriffe der kirchlichen Behörden gewacht hätten. Die wahren Republikaner, schloß der Ministerpräsident, werden der Republik treu bleiben, weil sie die drei großen Güter gewährleistet, welche ein Regierungssystem einem Lande bieten muß, die Aufrechterhaltung des Friedens, die Herrschaft des Gesetzes und die Achtung vor der öffentlichen und der persönlichen Freiheit. Das bestehende Ministerium setze seine Ehre darin, diese Güter dem Lande zu bewahren.

Paris, 24. August. Bei der Bepfehlung der Rede des Ministerpräsidenten Combes wünscht der „Radical“ dem Ministerpräsidenten Glück zu der Offenheit, mit der er gesprochen, und erklärt, das ganze republikanische Land werde ihn in seinen Bemühungen unterstützen. — Die „Lanterne“ billigt durchaus die Versicherungen des Ministerpräsidenten und fordert ihn auf, auf halbe Maßregeln zu verzichten und keinen Segner zu schonen. — Die „Petite République“ spricht sich günstig über die gestrige Rede aus, die diejenige von Marseille in vielen Stücken bekräftigt. — Die „Action“ ist erfreut über die Erklärungen zur Frage der Trennung von Kirche und Staat. Der „Gaulois“ tadelt, daß Combes' Folgerungen der Ursprünglichkeit und großer Gesichtspunkte ermangelt. — Der „Soleil“ spottet darüber, daß er wie ein Erzpriester geredet habe. — Der „Kappel“ hofft, daß die Thaten der Regierung künftig nicht mehr im Widerspruch mit den Worten stehen werden. — „La République“ wirft dem Ministerpräsidenten vor, daß er in Saintes eine gegen die Freiheit gerichtete Politik gepredigt habe.

Frankreich.

Marineminister Pelletan erklärte in einer Rede in Cherbourg nach dem Stapelauf des Panzerschiffes „Ferry“, die obersten Marinebehörden hätten sich der Regierung der Republik untergeordnet. Die Marine dürfe nicht mehr eine Bildungsanstalt für Offiziere sein, die von Dominikanern erzogen würden, und ihren Degen nicht in

den Dienst der Reaktion stellen. Die Rede des Ministers, der zum Schluss die Versicherung gab, daß die Regierung das Kongregationsgesetz beschließen zur Durchführung zu bringen gewillt sei, wurde mit Beifall aufgenommen.

Eine Interpellation aus Anlaß des Humbert-Prozesses. Die Nationalisten gedenken den Humbert-Prozess gegen das jetzige Kabinett anzuschleudern. Der Deputierte Georges Berry (Nationalist) teilte dem Justizminister Vallé mit, daß er bei der Wiedereröffnung der Kammer über die Verhaftung Laboris, ein Attribut des Humbert-Prozesses enthalte den Beweis für die Mitschuld mehrerer politischer Persönlichkeiten, eine Interpellation einbringen werde. Berry wird die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission beantragen, die alle Aktenbündel des Prozesses öffnen soll.

Italien.

Menotti Garibaldi ist am Sonnabend nach kurzem Krankenlager gestorben. Am Nachmittag konstatirten die Ärzte Herzschwäche, die wenig Hoffnung auf Erhaltung des Lebens ließ. Bei seinem Tode umgaben Menotti seine Frau, seine Töchter und Schwiegerkinder. Die Nachricht von dem unerwarteten Ableben wurde unverzüglich an den König und an Zanardelli telegraphiert. Sie verbreitete sich schnell in der Stadt und machte tiefen Eindruck. Der Präses sprach der Familie persönlich sein Beileid aus. Der Bürgermeister sandte ein Telegramm. Die Leiche Menotti Garibaldis wird öffentlich ausgestellt und dann nach Caprera übergeführt werden.

Menotti ist der älteste Sohn aus der ersten Ehe Giuseppe Garibaldis. Er wurde 1845 geboren und stieg als Teilnehmer an seines Vaters Kriegszügen in Italien und Frankreich zum General auf. Im italienischen Parlament gehörte er anfangs der äußersten, später der gemäßigten Linken an. Obwohl er nie das Wort im Plenum ergriff, besaß er bedeutenden parlamentarischen Einfluß.

Rußland.

Die Streikbewegung in Jekaterinoslaw. Auch in Jekaterinoslaw ist ein fast alle wichtigeren Gewerbe umfassender Streik ausgebrochen. Vom Wolffschen Bureau wird darüber aus Petersburg — jedenfalls aus russisch-offiziöser Quelle — gemeldet:

Am 18. d. M. stellte ein Teil der Arbeiter die Arbeit ein, die nach Verhaftung der Führer wieder aufgenommen wurde. Am 20. früh begann der Ausfall in allen großen Fabriken und Eisenbahnwerkstätten. Gewaltam erzwangen die Ausständigen die Einstellung der Arbeit in Privatwerkstätten und auf Dauten. Das Militär, welches zur Herstellung der Ordnung aufgeboten wurde, wurde feindselig empfangen, doch wurde die Menge durch einige Schüsse zerstreut. Am 21. früh mußten die Pferdebahnen die Fabriken einstellen, auch der Eisenbahnbetrieb wurde gestört. Die Zeitungen konnten nicht erscheinen. Die Fabriken wurden von Truppen umringt. Auf dem Bazar wurde eine Ansammlung von einigen Tausend Menschen von den Truppen mit Gewalt zerstreut. Am Abend nahmen die Pferdebahnen und einige Privatfabriken den Betrieb wieder auf.

Der Streik in Kiew ist, wie gemeldet wird, beendet. Die Eisenbahnwerkstätten sind seit einigen Tagen wieder in Betrieb, nachdem die Forderungen der Arbeiter zum größten Teil bewilligt worden sind. Der Ausfall hat ca. 100 Tote, einige Hundert Verletzte — Männer, Frauen und Kinder — gefordert. Dazu kommen mehr als 3000 Verhaftete: das ist die Bilanz der letzten zwei Wochen.

Türkei.

Die türkischen Zugeständnisse an Rußland für die Ermordung des Konsuls Kossakowsky. Wie der russische Votschafter in Konstantinopel seiner Regierung meldet, traf die Porte folgende Maßnahmen zur Erfüllung der Forderungen der russischen Regierung: Außer der Hinrichtung der beiden Verbrecher und der Verurteilung zweier anderer Gendarmen zur Zwangsarbeit wurden die Offiziere, welche sich unehrenhafte Äußerungen über Konsul Kossakowsky erlaubt hatten, aus dem Dienst gestrichen. Nach den Personen, die auf die Anklage des Konsuls geschossen haben, wird sorgfältig geforscht. Alle amtlichen Personen, 24 an Zahl, welche das der Porte durch den russischen Votschafter übergebene Verzeichnis aufführt, und über deren Thätigkeit die russischen Konsularvertreter sich ungünstig äußerten, wurden entlassen und dem Gericht übergeben. Alle in dem Verzeichnis aufgeführten Privatpersonen, die verschiedener Verbrechen schuldig sind, wurden ebenfalls dem Gericht übergeben. Der Polizeikommissar Ismail Haki in Palanta wurde wieder in sein Amt eingesetzt. Die Personen, welche verhaftet wurden, weil sie über Mißbräuche und Gewaltthätigkeiten der Mohammedaner Klage führten, wurden in Freiheit gesetzt. Generalinspektor Hilmi Pascha erhielt einen Verweis. Die Chefs der Gendarmerie und der Polizei in Saloniki, Chalderin Bey und Maschar Bey, wurden durch andre Personen ersetzt.

Konstantinopel, 23. August. (Meldung des Wiener I. I. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Der italienische Konsul in Konstantinopel wurde vor dem Konsulatsgebäude von Soldaten mit dem Ruf „Gloria“ beschimpft, ohne daß angeblich zusehende Offiziere einschritten. Die italienische Votschaft hat deswegen gestern energische Schritte bei der Porte unternommen.

Das Schreiben des bulgarisch-macedonischen Revolutionsausschusses, das unterzeichnet von Boris Sarafow, an den Generaldirektor der Orient-Eisenbahnen abgehandelt worden ist, hat folgenden Wortlaut: „Der Generalsab des Revolutionsausschusses von Mazedonien und Adrianopel hat die Ehre, das Direktorium der Orient-Eisenbahnen zu benachrichtigen, daß gegen die türkische Herrschaft, die seit fünf Jahrhunderten die elementarsten Menschenrechte verlegt und für das Leben, das Eigentum und die Ehre der christlichen Bevölkerung keine Sicherheit giebt, von neuem der Zustand erklärt worden ist, um die christliche Bevölkerung von Mazedonien und Adrianopel zu befreien. Wir müssen dieser Herrschaft den Krieg erklären unter dem Rufe „Freiheit oder Tod“. Da wir in diesem Kriege gezwungen sind, Attentate gegen Eisenbahnen zu unternehmen, bitten wir im Namen der Menschlichkeit das Direktorium, keine Passagiere auf den Orient-Eisenbahnen zu befördern, damit Menschenleben nicht nutzlos geopfert werden.“

Landtagswahl.

Zur Taktik bei den Landtagswahlen

beröffentlicht die „Dreslauer Volkswacht“ einen Artikel, worin sie, anscheinend im Einverständnis mit der örtlichen Parteileitung, darlegt, daß die dortigen Parteigenossen von den freisinnigen unbedingt die Abtretung eines der drei Breslauer Landtagsmandate fordern. Im Falle der Ablehnung werden sie die freisinnigen rücksichtslos ihrem Schicksal überlassen. Aus diesem Grunde wird auch ein Abkommen bereits bei den Stichwahlen für die Wahlmännerwahlen gefordert. Was von der freisinnigen Volkspartei in Breslau zu erwarten ist, kann man zwar noch nicht mit Bestimmtheit sagen, da noch keine offizielle Partei-Erklärung darüber vorliegt. Wenn man jedoch nach einem Artikel der „Dreslauer Zeitung“ urteilen darf, der sich in seiner Argumentation ganz mit dem Verhalten der freisinnigen bei der Wahl 1898 deckt, so werden diese lieber ihre Mandate der Reaktion überlassen, ehe sie sich entschließen, für einen Socialdemokraten zu stimmen. Der Artikel des freisinnigen Blattes polemisiert heftig gegen Dr. Barth und nachdem er dessen Vorschlag erwähnt, schon bei der Auswahl der Wahlmänner darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie auch gewillt sein müßten, eventuell für einen Socialdemokraten zu stimmen, fährt er fort:

Herr Barth, der offenbar noch niemals bei der Kleinarbeit für Landtagswahlen thätig gewesen ist, stellt sich die Sache etwa so vor, als ob in allen Bezirken ein großer Vorrat an freisinnigen Wahlmänner-Kandidaten vorhanden wäre, bei denen man sich die Besten und schließlich die Allerbesten gemächlich herauspicken könne. Die liebe Einfalt mag sich nun sagen lassen, daß das 3. W. hier in Breslau bei etwa 1500 Wahlmänner-Kandidaten, die wir etwa in Zukunft haben werden, vielleicht im günstigsten Fall bei 800—900 so gehen mag. Die übrigen

Bezirke dann aber zu besetzen, ist schließlich ein Gesetz der Not, und wer da bei jedem einzelnen noch erst ein peinliches politisches Examen anstellen wollte, der würde sehr bald Erfahrungen machen, die ihm nicht lieb sein würden. Dabei kommt noch hinzu, daß ganze große Kategorien von Wahlmänner-Kandidaten, die von größter Bedeutung sind, einfach ausschalten würden, wenn ihnen eine solche Bedingung gestellt werden würde. Ich nenne hier als Beispiel nur den gesamten Stand der Volksschullehrer.

Es ist für die freisinnige Politik ungemein kennzeichnend, daß die Partei Wahlmänner aufstellt, die einem politischen Examen nicht standhalten würden. Mit solchen Politikern kann man freilich keine Reaktion bekämpfen, und ein Freisinn, der kein politisches Examen auf die Ernsthaftigkeit seines Freisinnis verträgt, ist uns allerdings keinen Schuß Pulver wert. Ernsthafte Politik kann man nur treiben, wenn man zuverlässige Massen hinter sich hat, sonst sinkt die Politik zu einem bloßen Geschäft herab, bei dem die Mäcker nur für ihre persönlichen Interessen wirken. Wer trotzdem versuchen wollte, auf solchem schwanken Grunde eine vollstündliche Politik zu treiben, würde bald die schwersten Enttäuschungen erleben.

Dann aber geht der Artikel auch zu principiellen Betrachtungen über und darin zeigt er uns, daß mindestens der Breslauer Freisinn um kapitalistischer Interessen willen den ganzen Plunder politischer Freiheiten zu opfern gewillt ist. Der Artikel fährt fort:

Sodann aber ist bei den gesamten Auseinandersetzungen des Herrn Barth noch eins übersehen. Es giebt nämlich ganz außerordentlich viel gut freisinnige Männer, die aus principiellen Gründen weder öffentlich noch geheim für einen Socialdemokraten stimmen. Nebenbei bemerkt, würde von den Parteigenossen des Herrn Barth hier in Breslau noch nicht ein halbes Dutzend öffentlich einem Socialdemokraten seine Stimme geben. Den socialdemokratischen Theorien gegenüber ist man doch nicht so gleichgültig, wie man vielfach glaubt. Der Charakter dieser Partei als einer Partei der Unberühmtheit ist vielen nach den letzten Wahlen noch bedenklicher geworden als früher. Das parlamentarische Verhalten der Socialdemokratie in der Obstruktionscampagne hat die Gefährlichkeit dieser Partei für einen geordneten Parlamentsstaat nur allzu deutlich gezeigt; die wirtschaftlichen Forderungen der Socialdemokratie aber, die im wesentlichen praktisch doch dahin gehen, daß die Arbeitnehmer die Herren der Arbeitgeber sein sollen, die sich daraus ergebenden, vielfach unerträglichen Zustände in den Fabriken und in den Werkstätten lassen die erdrückende Mehrheit der größeren und kleineren Arbeitgeber in der Socialdemokratie einfach ihren Todfeind erblicken. Ich behaupte, daß von den kleineren und mittleren und größeren Arbeitgebern in Breslau sich noch nicht der hundertste bereit finden würde, öffentlich oder geheim die Socialdemokratie bei der Wahl zu unterstützen.

Es ist nur ein billiger Trost für die höchsten Götter des Liberalismus, bei dem man nicht einmal an Verkennung der wirklichen Verhältnisse glauben kann, wenn der Artikel schließt:

Will die Socialdemokratie dabei ihrerseits mit der Theorie des Kampfes nach einer Front, mit der Theorie des Kampfes gegen den Liberalismus und für die Reaktion, ihre Geschäfte machen, so wird weder Dr. Barth noch ein anderer sie daran hindern können. Die Frage würde dann nur sein, in welchem Umfange und wie lange die socialdemokratische Arbeiterschaft thätig in der Rolle als Schildknappen der Reaktion wohlthun kann. Die socialdemokratische Arbeiterschaft hat längst bewiesen, daß sie sehr wohl weiß, wie die Reaktion zu bekämpfen ist; jedenfalls nicht mit Leuten, die einem Examen auf ihr politisches Glaubensbekenntnis nicht standhalten.

Die hiesige „Volk-Zeitung“ nimmt von dem Artikel unfreies Breslauer Parteiblattes Notiz und indem sie die freisinnigen zu einer Entschuldigung drängt, bemerkt sie, daß Abg. Gothein, einer der drei freisinnigen Abgeordneten für Breslau, ebenso denken dürfte wie Dr. Barth.

Die freisinnige „Kieler Zeitung“ nimmt einen ähnlichen Standpunkt ein wie die „Dreslauer Zeitung“. Dazu bemerkt die „Volk-Zeitung“:

„Eins ergibt sich als erste unausbleibliche Folge der schlotterichten Socialistenfruchtbarkeit der freisinnigen in Kiel: Herr Dr. Barth landbildet dort nicht wieder, wenn er sein Mandat als antisocialistisches Angstprodukt aus den Händen der Kieler Freisinnigen entgegennehmen soll. Das steht fest. Wir haben dies schon vor vier Tagen ausgesprochen. Die „Schleswig-Holsteinische Volk-Zeitung“ giebt der Vermutung Raum, daß wir das im Einverständnis mit Dr. Barth geschrieben haben. Wir bemerken dazu, daß wir noch Lage der Sache keiner besonderen Informationen seitens des Herrn Dr. Barth bedürften, um dergleichen auszusprechen zu können. Herr Barth ist es mit der publicistischen Vertretung seiner antireaktionären Bündnisse so ernst, daß er nicht um seines Kieler Mandats willen sich selber öffentlich desabonniert und alle seine in dieser Angelegenheit geschriebenen Artikel hinterher als journalistische Spiegelfechtereien kennzeichnen wird.“

Die erste Äußerung des freisinnigen Blattes für Königsberg, der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ zu den Landtagswahlen lautet gleichfalls ganz ähnlich wie die des Breslauer und des Kieler Blattes: Sie schreibt zu dem Bericht über die dortige Parteiverammlung:

„Soweit der Bericht über den Verlauf der socialdemokratischen Parteiverammlung. Wir glauben nicht, daß die hochmütige, diktatorische Art, mit der die Freisinnigen auch wieder bei dieser Gelegenheit, bei der man auf ihr Entgegenkommen rechnet, behandelt werden, geeignet ist, die Erinnerung an die rohe und gefährliche Kampfweise der Socialdemokratie bei den Reichstagswahlen bei der freisinnigen Bürgererschaft zu verwischen. Das Bürgerthum bedankt sich dafür, unter das Joch zu gehen, auch wenn es ein socialdemokratisches ist.“

Die hochmütige und diktatorische Art der Behandlung der Freisinnigen in dieser Versammlung besteht darin, daß unsre Genossen, die sich durch Aufstellung eigener Wahlmänner im Kreise Königsberg-Frichshausen beteiligen werden, erklären:

Von den drei Mandaten, die der Kreis Königsberg-Frichshausen zu besetzen hat, verlangen wir eines. Wir werden die Freisinnigen (sowohl bei den Urwahlen wie bei der Abgeordnetenwahl) in den Stichwahlen nur unterstützen, wenn sie unsren Anspruch auf einen Abgeordnetenposten und nett anerkennen und unterstützen. Sollen sie das nicht und erleben sie deswegen Schaden, so trifft sie allein die Schuld.

Die Freisinnigen von der vollsparteilichen Richtung scheinen wirklich aller Orten unsre Veteiligung an den Landtagswahlen von dem gemüthlichen Standpunkt aus zu betrachten, daß wir es um ihretwillen thun. Sonst könnten sie doch wirklich nicht von diktatorischem Auftreten reden, wenn wir unsre Bedingungen aufstellen für das Eintreten für sie.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag.

Eine Versammlung des socialdemokratischen Vereins in Köln beschloß folgende beiden Anträge an den Parteitag zu stellen:

1. Die Parteigenossen von Köln-Stadt halten es für notwendig, daß für die Bezirke, wo die Agitation mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist — namentlich gilt das für die Centrumsgelände — besoldete Parteisekretäre angestellt werden; da, wo die Genossen die Mittel dazu nicht aus eignen Kräften aufbringen können, hat der Parteivorstand die nötige Unterstützung zu leisten.

2. Die Parteigenossen von Köln-Stadt wünschen, daß der Reichstags-Fraktion die Lösung der Vicepräsidenten-Frage überlassen bleibt; sie haben zu den gewählten Vertretern der Socialdemokratie das Vertrauen, daß sie die Frage in einer das Interesse und die Ehre der Partei wahren Weise entscheiden werden.

Ein Erfolg. In Northheim im 11. hannoverschen Wahlkreis wurde auf Betreiben unsrer Parteigenossen ein Volks-

Bildungsberein ins Leben gerufen, dem sogleich 63 Mitglieder beitraten. Man erwartet, daß der Verein bei seiner entgeltlichen Gründung in 2—3 Wochen den in Northheim bestehenden Handwerker-Bildungsberein überflügelt haben wird, der, ein Schöpfkind der Rationalisten, es trotz mehrjähriger Bestehens erst auf 160 Mitglieder gebracht hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die beleidigte Reichs-Postverwaltung. Vor der Strafkammer II zu Hannover hatte sich am Sonnabend der verantwortliche Redakteur des dortigen „Volkswillens“, Genosse Linert, wegen Beleidigung der Reichs-Postverwaltung zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 18. Mai im „Volkswillen“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem die neuen Ausschüsse und sonstigen Auszeichnungen der neugeschaffenen Ober-Briefträger und der festangestellten Postunterbeamten besprochen wurden. In dem Artikel war behauptet, daß die neuen Auszeichnungen im Postmunde „Kainszeichen“ genannt würden, und es wurde die Thatsache, daß die Reichs-Postverwaltung diese Auszeichnungen noch bezahlt verlange — beziehungsweise daß für diese Dekoration 1,65 und 1,15 M. an die Kleiderkasse von den so Ausgezeichneten mehr bezahlt werden muß — als „unerhört“ bezeichnet. Weiter war ausgeführt, daß die Beamten beabsichtigt hätten, die Dekoration wieder zurückzugeben, jedoch seien sie wegen des ihnen deshalb drohenden Disziplinarverfahrens davon abgekommen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet bezeichnete der Angeklagte das Vorgehen der Postbehörde als „geradezu verwerflich“, weil die Dekoration nicht verlangt worden sei und sich niemand der Auszeichnung und der damit verbundenen Zahlung des Geldbetrages entziehen konnte. Durch die drei Worte „Kainszeichen“, „unerhört“ und „geradezu verwerflich“ fühlte sich die Reichs-Postverwaltung beleidigt. Der Staatsanwalt wollte das Vorgehen mit drei Monaten Gefängnis gesühnt wissen. Der Gerichtshof dagegen erkannte auf eine Geldstrafe von 20 Mark, er erachtete nur den Ausdruck „geradezu verwerflich“ als über den Rahmen einer berechtigten Kritik hinausgehend und deshalb beleidigend.

Nachklänge zum Humbert-Prozess.

Die Pariser Presse giebt fast einstimmig ihrer Genugthuung über das Urteil im Humbert-Prozess Ausdruck. Die republikanischen Blätter weisen darauf hin, daß diejenigen, die bei diesem Prozeß auf einen großen politischen Skandal beziffert hätten. Die der Republik feindlichen Blätter erklären, es sei in die Angelegenheit kein vollständiges Licht gebracht worden, weil die Regierung Enthüllungen zu vermeiden suche. Der „Matin“ meint, das Urteil sei schwerer, als man erwartet hätte. Ferner meldet das Blatt, daß Frédéric Humbert bei der Abführung in die Conciergerie zu Theresie gesagt habe: wir werden uns wiedersehen, es giebt auch einen Kassationshof. Der „Figaro“ schreibt: Die Angelegenheit der Humberts ist beendet worden, wie sie begann, nämlich durch einen großartigen Verblüffungs Coup. — Der „Pet. Parisien“ sagt: Die Geschworenen haben mit großer Weisheit die Politik aus dem Prozeß verbannt und sich darauf beschränkt, die den Angeklagten zur Last gelegten Anschuldigungen zu untersuchen; sie haben sie für genügend erwiesen befunden. — „Intranfigant“ meint: Trotz der Verurteilung sind die Humberts und Daurignac nicht mehr beschämt aus dem Prozeß hervorgegangen, als die Richter, die sich seit einem Jahr mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben. — Der „Gaulois“ erklärt: In allen großen Prozessen dieser Art, welche seit 25 Jahren zur Verhandlung gelangten, befand sich immer ein geheimes Dossier und die am meisten Schuldigen sind immer der Gerechtigkeit entronnen.

Der Antrag auf Kassation. Romain und Emile Daurignac erklärten, ihre Strafe sofort antreten zu wollen. Theresie und Frédéric Humbert gedenken, wie Frédéric seiner Mutter, der Frau Humbert mitgeteilt hat, das Kassationsbegehren heute zu unterzeichnen.

Ueber die Kassationsgründe, welche Labori zur Begründung seiner Verurteilung gegen das Urteil der Geschworenen bei dem Kassationshof anführen will, schreibt man aus Paris, daß dieselben naturgemäß rein formaler Natur sein werden. Labori wird sich bei seiner Verurteilung auf jene drei Anträge stützen, die er vor dem Urteilspruch dem Gericht unterbreitete, mit denen er aber nach einer Beratung von kaum zehn Minuten seitens der Richter eine Abweisung erfuhr. Erstens hätten — so erklärt Labori — die Angeklagten gar nicht wegen Fälschung verurteilt werden können, denn sie haben nur sich selbst getäuscht. Wenigstens sei ihnen das Gegenteil nicht bewiesen. Zweitens wären die Aussagen der drei Postbeamten, die in Romain Daurignac den Abholer der Crawford-Briefe haben erkennen wollen, Verletzungen des Amtsgeheimnisses gewesen, und zwar unter der Beeinflussung von Seiten anderer Zeugen, besonders des Untersuchungsrichters Leydet, und drittens greift Labori natürlich auf die bereits mehrfach erwähnte Unregelmäßigkeit bei der Entgegennahme der Aussagen des Advokaten Du Wit durch den Substitut Poncet an Stelle des Untersuchungsrichters zurück; was ihm allerdings wenig helfen dürfte, da diese Unregelmäßigkeit schon vor der Verhaftung der Humberts begangen wurde. Weit gewichtiger jedoch als alle diese Gründe ist ein vierter, den Labori nach Verurteilung des Urteils in das Protokoll aufnehmen ließ. Präsident Bonnet empfahl nämlich bei seiner Rechtsbelehrung den Geschworenen, recht eingehend den Artikel 45 des Strafgesetzbuches zu lesen, der über die Fälschungen und Anwendung von Fälschungen handelt. Labori erblickt darin eine unerlaubte Beeinflussung der Geschworenen.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel vom Januar bis Juli 1903. Nach dem Jochen vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Jahrbuch der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel beträgt in den sieben Monaten Januar bis Juli d. J. die Einfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm:

26 084 230 gegen 23 809 231 und 25 119 078 in den beiden Vorjahren, daher mehr 2 214 999 und 905 152. Edelmetalleinfuhr 701 gegen 685 und 721. 31 von 43 Zolltariffnummern zeigen gegen das Vorjahr eine erhöhte Einfuhr, am meisten: Erden, Erze usw. (mehr 784 351), Holz (mehr 492 221), Kohlen (mehr 398 000), Getreide und andre Landbau-Erzeugnisse (mehr 258 813), Abfälle (mehr 162 470), Erdöl (46 105), Steine (42 330), Baumwolle usw. (35 341, wovon 30 000 auf Rohbaumwolle treffen). Stärkere Ausfälle zeigen Material- usw. Waren (weniger 56 676) gegen geringerer Rind- und Schweinefleisch, Rofinen, Gerings-, Weis-, Thee- und Salzeinfuhr, ferner Droguerie, Apotheker-, Forbwaren (weniger 28 673) sowie Flach, Hanf usw. mit einem Ausfall von 26 404 Tonnen.

Die Ausfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm beträgt: 21 522 581 gegen 18 895 433 und 17 863 087 in den beiden Vorjahren, daher mehr 2 627 148 und 3 659 494. Edelmetall-Ausfuhr: 233 gegen 248 und 230. 33 von 43 Zolltariffnummern zeigen gegen das Vorjahr eine verstärkte Ausfuhr, am meisten: Kohlen (mehr 1 559 810), die mehr als die Hälfte der gesamten Ausfuhr erreichten, Erden, Erze usw. (mehr 590 455), Eisen (mehr 327 930), Droguerie, Apotheker- und Forbwaren (mehr 60 480), Getreide usw. (mehr 46 576), Thonwaren (mehr 31 983). Von erheblichkeit ist nur der Ausfall bei Material- usw. Waren (weniger 56 338). Die in den Frichshausen Hamburg ausgeführten Zuder-mengen sind bedeutender als im Vorjahr, namentlich die Rohzucker-mengen.

Syndikat deutscher Zuckerraffinerien. Nach der „Magdeb. Ztg.“ stimmten in der gestrigen Generalversammlung ungefähr 93 Prozent der Produktion der Bildung einer reinen Preisvereinigung ohne Kontingentierung auf vorläufig ein halbes Jahr zu. Eine große Raffinerie steht noch aus. Sie wird aufgefordert werden, sich bis nächsten Montag 1 Uhr zu erklären. Alsdann soll der Vorstand die Kündigung des Syndikats aussprechen und entscheiden, ob die Preisvereinigung zu Stande kommt oder nicht.

Der englische Arbeitsmarkt. Wie die amtliche „Labour Gazette“ meldet, zeigte die Arbeitslosigkeit im Juli eine Zunahme gegenüber Juni 1903 und Juli 1902. Der Niedergang ist besonders auffallend in der Textilindustrie, als Folge der hohen Baumwollpreise. In den 226 berichtenden Gewerkschaften mit einer Mitgliedschaft von 555 743 gab es 27 304 Arbeitslose, oder 4,9 Prozent, gegen 4,5 Prozent im Juni 1903 und 4,0 Prozent im Juli 1902. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Juli der letzten zehn Jahre war 4,0 Prozent. — Von Lohnänderungen wurden im Berichtsmonat 59 400 Arbeitsleute betroffen; 3900 erhielten eine Lohnherabsetzung, 55 500 eine Lohnherabsetzung. Das Reinergebnis der Änderungen ist eine Lohnherabsetzung von 1900 Pfund Sterling wöchentlich. — An gewerblichen Konflikten waren im ganzen 10 100 Personen beteiligt, gegen 12 300 im vorhergehenden Monat und gegen 116 814 im Juli 1902.

Japans industrielle Entwicklung. Nach der amtlichen japanischen Statistik weist die Entwicklung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Japan während der Jahre 1896—1900 folgende Ziffern auf:

Jahr	Zahl der Unternehmungen	Nominelles Kapital Yen	Eingezahltes Kapital Yen
1896	4 596	619 Millionen	308 Millionen
1897	6 118	833	533
1898	7 044	931	622
1899	7 631	1 028	694
1900	8 598	1 128	779

Ein japanisches Handelsblatt giebt noch folgende Einzelheiten bezüglich der finanziellen Stellung der Unternehmungen in den einzelnen Jahren:

Jahr	Eingezahltes Kapital	Reserven	Obligationen	Zusammen
1896	398	75	?	?
1897	533	63	?	?
1898	622	68	24	714
1899	684	86	27	797
1900	779	101	38	918

Aus diesen Ziffern muß man den Schluß ziehen, daß das japanische Rationalvermögen in der kurzen Zeit seit dem japanisch-chinesischen Kriege ganz bedeutend zugenommen hat, eine Tatsache, die bei den vielfachen Berichten über die zahlreichen Mißerfolge der japanischen Industrie und insbesondere über die wirtschaftliche Depression der letzten Jahre oft außer acht gelassen wird. Auch andere Erscheinungen, wie das Steigen der Löhne und der Preise für alle Lebensbedürfnisse, das Anwachsen der Staatseinnahmen, die Zunahme des Außenhandels, namentlich der Einfuhr von Nahrungsmitteln und Genussmitteln aller Art sowie von besseren Bekleidungsgegenständen, beweisen, daß sich der Wohlstand des japanischen Volkes während des letzten Jahrzehnts außerordentlich gehoben hat.

Sociales.

Versäumnis der Fortbildungsschule.

Mehrere Lehrlinge in einer Zeitungsdruckerei waren vom Landgericht zu Geldstrafen verurteilt worden, weil sie die Fortbildungsschule nicht besucht hatten. Die Lehrlinge machten zu ihrer Verteidigung geltend, ihr Lehrherr habe ihnen nicht die erforderliche Zeit zum Besuch der Fortbildungsschule gegeben, der Lehrherr habe ihnen sogar ausdrücklich verboten, die Fortbildungsschule zu besuchen, weil sonst die Zeitung nicht rechtzeitig fertiggestellt werden würde. Das Landgericht erachtete nicht nur den Lehrherrn, sondern auch die Lehrlinge für strafbar, weil diese trotz des Verbotes ihres Lehrherrn sich zum Unterricht nach der Fortbildungsschule hätten begeben müssen, auch hätten sie die nötige Einsicht gehabt, die Strafbarkeit ihrer Handlung einzusehen. Das Kammergericht wies die Revision der Angeklagten als unbegründet zurück, da die Vorentscheidung ohne ersichtlichen Rechtsirrtum ergangen sei.

Verschwendung von Arbeitergroschen. Die „Hannoversche Grundbesitzer-Zeitung“ bringt folgende Notiz: „Eine wahre Verschwendung hat neuerdings die Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz mit den Geldern ihrer Versicherten bei der Herstellung einer Dienstwohnung für den Vorsitzenden der Anstalt, Landesrat Klausener, an den Tag gelegt. Diese Wohnung (16 Räume umfassend) kostet nach ihrer Fertigstellung rund 80—70 000 M.; die Dekorationen stellen sich allein auf 4000 M. Aber dafür finden wir auch einen Wintergarten, einen Sommergarten mit Springbrunnen und vieles andre. An Umzugskosten hat der Vorstand, wiewohl es sich nur um eine Entfernung von 10 Minuten handelt, außerdem die Summe von 2000 M. bewilligt. Es kann wohl nur eine Auffassung darüber herrschen, daß diese horrenden Summen für das Wohl des alten und invaliden Arbeiters besser hätten angelegt werden können.“

Gewerkchaftliches.

An die Gewerkschaftstabelle und Centralvorstände der Gewerkschaften Deutschlands.

Werte Genossen! Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen in Grimmitzschau sind in einen Meilenkampf für die Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Die Arbeitszeit ist jetzt, obgleich über 4000 Frauen beschäftigt sind (circa 1600 sind verheiratet) und haben außer der Arbeitszeit selbstverständlich noch ihre Wirtschaft zu verwalten, 11 Stunden in manchen Betrieben 10 1/2 Stunden.

Die Grimmitzschauer Arbeiter sind seit dem Jahre 1898 alljährlich an die Fabrikanten herangetreten, daß diese die zehnstündige Arbeitszeit einführen möchten, immer sind die Arbeiter zurückgewiesen mit dem Bemerkten, daß dann das Geschäft in Grimmitzschau nicht mehr konkurrenzfähig sei. In diesem Jahre haben die Arbeiter nun nochmals die Forderung: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, Verkürzung der Löhne, für Wochenlöhner wie bisher und zehnprozentige Lohnherabsetzung für Accordarbeiter, an die Fabrikanten eingereicht. Alle bisher stattgefundenen Verhandlungen waren resultatlos, das Gewerbegericht, welches noch vor der Arbeitszeiteinstellung von den Arbeitern angerufen wurde, lehnten die Fabrikanten ab.

Nachdem alles verfrucht worden war, leider vergeblich, auf altem Wege die zehnstündige Arbeitszeit zu erhalten, wurde in fünf Betrieben am 7. August die Kündigung seitens der Arbeiter eingereicht, noch an demselben Tage wurde dann in 75 Betrieben der Arbeitern seitens der Fabrikanten gekündigt. Es sind nun in 80 Betrieben 7827 Personen teils als Streikende, teils als Aussperrte am Kampf um den zehnstündigen Tag beteiligt, davon gehören zur Zeit gegen 6000 Personen dem Textilarbeiter-Verband an und 8270 sind bereits länger als ein Jahr Verbandsmitglieder.

Genossen! Der Kampf ist nicht leichtsinnig heraufbeschworen, aber es ist unbedingt nötig, daß mit der übermäßig langen Arbeitszeit ausgedrückt wird; zu einer Zeit, wo in vielen Industrien bereits die neunstündige Arbeitszeit besteht, ist es ein billiges Verlangen, wenn die Arbeiter die zehnstündige Arbeitszeit fordern.

Wir sind nun gezwungen, uns an die Solidarität der deutschen Arbeiterschaft zu wenden, trotz aller Opferfreudigkeit der armen Textilarbeiter ist es uns nicht möglich, diesen Meilenkampf aus eignen Kräften führen zu können, es werden wöchentlich ca. 60 000 M. zur Unterstützung gebraucht. Wir sind uns dessen sicher, daß die Sympathie jedes rechtlich denkenden Menschen auf Seiten der Grimmitzschauer Arbeiter und Arbeiterinnen sein muß, deshalb heißt uns, heißt uns aber schnell.

Arbeiter, die Ihr in andern Industrien unter besseren Verhältnissen als wir Textilarbeiter beschäftigt seid, gerade Eure Frauen und Töchter sind es, welche unter den erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen, welche in der Textilindustrie bestehen, zu leiden haben, welche uns aber auch oft den Kampf erschweren, bessere Verhältnisse zu schaffen. Die Gewerkschaftstabelle ersuchen wir, Versammlungen zu veranstalten und da Propaganda für die Grimmitzschauer zehnstündigenbewegung zu machen; auf Ersuchen senden wir den Kartellen auch Sammellisten zu.

Wir wissen, daß wir uns in diesem Kampfe nicht vergeblich an Eure Solidarität wenden, die deutsche Arbeiterschaft wird sicher auf Seiten der Grimmitzschauer Textilarbeiter und Arbeiterinnen stehen.

Der Geschäftsgang der Grimmitzschauer Industrie ist zur Zeit ein guter, der Kampfsinn der Arbeiter ein ausgezeichneter, aber Geld ist dringend nötig.

Alle Sendungen sind nur an den Kassierer des Centralverbandes Georg Treue, Berlin O. 112, Kronprinzenstr. 47 zu richten.

Im Auftrage
des Central-Vorstandes des deutschen Textilarbeiter-Verbandes
C. Häbich, Vorsitzender.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Heilenarbeiter. Am Sonntag kam es in der Versammlung der Ausführenden zu einer sachlichen Aussprache zwischen diesen und den anwesenden Meistern. Seitens der Lohnkommission wurde betont, der Zweck des Streiks sei in erster Linie die Schaffung einer heilich geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für sämtliche Betriebe der Heilenbranche. Damit wäre den Meistern dann auch gleichzeitig ein Mittel in die Hand gegeben, auf die Verringerung der Schmutzkonkurrenz unter einander hinzuwirken. Würden die kleineren Betriebe noch länger einer Verständigung mit den Streikenden ausweichen, dann dürften sie sich auch nicht wundern, wenn schließlich ihr eigener Ania herbeigeführt werde, und zwar lediglich durch die größeren Firmen, zum Beispiel den Obermeister Mägdestra in Bankow, die gerade darauf lauern, daß den Kleinen bei dem Streit der Klein ausgehen solle, damit sie deren Kundenschaft an sich ziehen können. Deshalb empfehle sich eine Verhandlung vor dem Einigungsamte, wo sich über einzelne Punkte des Tarifentwurfs, die bei den Meistern Bedenken erregen, immer noch sprechen lasse. An ein bedingungsloses Niederzwingen der Heilenarbeiter sei bei der Stärke des Metallarbeiter-Verbandes nicht zu denken, denn selbst wenn der Ausgang dieses Streiks ein negativer sein sollte, so würde in kürzester Frist erneut angefaßt werden. Stabile Verhältnisse in dem Gewerbe seien nur möglich durch einen gegenseitig anerkannten Einheitslohn. Der stellvertretende Obermeister gab allerdings zu, daß die Heilenarbeiter in Anbetracht der hohen Miet- und Lebensmittelpreise nicht genug verdienen, meinte jedoch, infolge der auswärtigen Konkurrenz könnten in Berlin keine höheren Löhne gezahlt werden, wenn nicht die ganze örtliche Heilenindustrie vernichtet werden solle. Ihm wurde erwidert, auch in anderen Orten seien Lohnbewegungen geplant, um durch entsprechend aufgebesserte Löhne auf eine allgemein günstige Preisbildung der Produkte hinzuwirken. Immerhin müsse erst in einem Orte der Anfang damit gemacht werden, und das könne nach Lage der Dinge naturgemäß nur Berlin sein. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, doch gaben sich die Anwesenden der Hoffnung hin, daß durch die gegenseitige Aussprache der Weg zu einer baldigen Verständigung gefunden werden dürfte.

Zur Lohnbewegung der Fliesenleger. Am Montag wurde zwischen dem Verein der Mosaik-Fliesenleger sowie dem Centralverband der Maurer, dem ebenfalls eine Anzahl Fliesenleger angehören, einerseits und acht Arbeitgeber-Firmen andererseits ein Tarifvertrag festgesetzt, der folgende Hauptbestimmungen enthält: Der Lohn beträgt pro Stunde 80 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit. Ueberstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden, werden aber, wenn sie notwendig sind, von 6—9 Uhr abends mit 25 Proz. Lohnzuschlag bezahlt. Für Nacht- und Sonntagsarbeit beträgt der Lohnzuschlag 100 Proz. Alle Arbeiten werden in Lohn ausgeführt, die Accordarbeit ist abgeschafft. Sonnabends ist eine und Tags vor den großen Festen drei Stunden früher Feierabend bei voller Lohnzahlung. Ebenfalls sind Bestimmungen über Freigeld-Einstufung getroffen. Ferner verpflichten sich die beiden Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder nur bei solchen Arbeitgebern arbeiten zu lassen, die diesen Tarif anerkennen, während sich andererseits die tariftreuen Firmen verpflichten, in erster Linie nur Mitglieder der beiden kontrahierenden Organisationen zu beschäftigen. Zur Schlichtung von Differenzen und Ausarbeitung eines späteren neuen Tarifs wird eine paritätische Kommission eingesetzt. Der Vertrag gilt vom 1. September 1903 bis 1. Februar 1905 bei achtwöchiger Kündigungsfrist, vorausgesetzt, daß die beiderseitigen Versammlungen demselben zustimmen. — Seitens der Firmen Rosenfeld, Bilerow u. Vogt und Ende war gegen die Abschließung eines neuen Tarifvertrages Protest erhoben worden, weil der Tarif, den sie mit der sogenannten freien Vereinigung der Fliesenleger abgeschlossen haben, noch nicht abgelassen ist. Für diese drei Firmen hat der Vertrag also vorläufig noch keine Gültigkeit.

Die Sperre über die Firmen Bilerow u. Vogt, Rosenfeld u. Co. und Emil Ende bleibt unverändert bestehen.

Zur Lohnbewegung der Marmorarbeiter teilt die Lohnkommission mit, daß bis jetzt alle Firmen bis auf vier die vor dem Einigungsamt getroffenen Abmachungen unterzeichnet haben. Allerdings haben sich bis Montagmittag nicht weniger wie 125 Arbeiter gemeldet, die von den Arbeitgebern angeblich wegen Mangel an Arbeit noch nicht wieder eingestellt sind. Was es mit dieser auffälligen Zurückweisung der alten Arbeiter für eine Bewandnis hat, dürfte in den nächsten Tagen noch näher klargestellt werden.

Deutsches Reich.

Im Düsseldorf-Bauerarbeiterkreis ist eine neue Wendung zu verzeichnen: Die Unternehmer bewilligen den Christlichen den Stundenlohn von 50 Pf., den sie den Freiorganisierten noch vor acht Tagen als „underschämte“ Forderung abgelehnt haben, und die Unternehmer haben den 52 Pf.-Stundenlohn ab April 1904 bewilligt, den die Streikenden zwar jetzt ab sofort fordern, den sie indessen erst gefordert haben, nachdem die Unternehmer den 50 Pf.-Stundenlohn abzugeben drohten. Ein tatsächlicher Erfolg der Arbeiter ist also schon in diesem Lohnkampf zu verzeichnen; wenn desselben auch zunächst die Herren Christlichen und Nichtorganisierten teilhaftig werden sollen, so wird der zähe Kampf der Freiorganisierten schon sein weiteres thun, daß die Freiorganisierten nicht zu kurz kommen werden.

Der Stand des Streiks sieht also günstiger denn je und auch die Zahl der Streikenden mehrt sich Tag für Tag. Schon sind mehr als 500 im Streik und schon haben 15 Unternehmer die Forderungen der Centralverbändler glatt bewilligt, so daß auf einer ganzen Reihe von Bauten schon zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird. Freilich bleibt die Mehrzahl der Unternehmer hartnäckig und zwingt dadurch die Arbeiter zum Streik, aber die Fähigkeit der Centralverbändler wird voraussichtlich auch damit fertig werden.

Eine schier unerhörte Thatfache muß zum Schluß verzeichnet werden: die Christlichen haben an den Bahnhöfen für die Unternehmer Posten aufgestellt, die zureichenden Kollegen abzufangen, zum Bauhaus zu führen, sie dort zu füttern und auf die Baustellen zu treiben. Man denke, eine Organisation, die angeblich die Lohnverhältnisse aller Arbeiter verbessern will, organisiert gleichsam einen Verrat gegenüber der größeren Organisation der Kollegen, organisiert den Streichbruch, wie es offenkundiger nicht getrieben werden kann! Einer der Christlichen plauderte dies ganz unverblümt aus, indem er sagte: Ich muß hier stehen, denn wir haben uns den Unternehmern gegenüber verpflichtet, soviel Leute wie nur möglich hierher zu schaffen. Dafür erhalten wir unsern Tagelohn. Wenn das kein Streichbruch ist, dann giebt es überhaupt keinen Streichbruch.

Die Staffature und Gipsler in Stuttgart sind in den Streik getreten. 10 Firmen, welche die Forderungen der Arbeiter — in der Hauptsache ein Mindestlohn von 52 Pf. pro Stunde — bewilligt haben, sind nicht vom Streik betroffen, dieser erstreckt sich vielmehr auf 35 Firmen, die sich den Forderungen gegenüber ablehnend verhalten.

Verfammlungen.

Die Bleiweiß-Gefahr.

In der am 20. d. M. in Charlottenburg abgehaltenen gutbesuchten öffentlichen Versammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher sprach Fleming über die Schädlichkeit des Bleiweißes und die bisherige Stellung der Maler-Zünfte hierzu. An der Hand statistischer Materials wies Redner nach, daß die Erkrankungen an Bleivergiftung in den verschiedenen Krankenhäusern, namentlich derer der Großstädte, die erste Ziffer einnehmen. Daneben sind die Krankheiten, die als Folgeerscheinung von Bleivergiftung auftreten, als Nerven-, Darm- und Lungenleiden usw., auch sehr beträchtliche. Seit Jahren wird der Kampf gegen das Bleiweiß von Seiten der Organisation stark geführt. Die Bleiweißfabrikanten bieten alle erdenklichen Mittel an, ihre Abnehmer zu beeinflussen und die Sache so darzustellen, als wenn das Bleiweiß durch ein andres Farbmittel nicht zu ersetzen sei. Hier könne man aber als Fachmann getrost sagen, daß das Bleiweiß durch Zinnweiß und Lithopone bei richtiger Behandlung zu ersetzen sei. Auch bedienen sich die Herren Fabrikanten bei diesem Kampfe recht unschöner Mittel. Redner kam nun auf die von der Firma Lehnender u. Co. in Köln herausgegebene Gutachten-Broschüre zu sprechen und bedauerte lebhaft, daß sich verschiedene Maler-Zünfte dazu hergegeben, Handlangerdienste für die Herren Bleiweißfabrikanten, deren Vorsitzender Herr Lehnender ist, zu thun. Am Schluß seiner Rede empfahl Fleming eine vom Hauptvorstande verfaßte Resolution, die an den in den nächsten Tagen in Chemnitz tagenden Malerbundesrat gefaßt werden soll. — Nachdem dann noch die Kollegen Wahl und Wöhr auf Grund ihrer Erfahrungen der Beseitigung des Bleiweißes das Wort gesprochen, gelangte die Resolution zur einstimmigen Annahme.

Verband der Graveure und Gipseure. Die Zahlstelle Berlin hielt am 18. August ihre regelmäßige Versammlung ab. In derselben referierte Kallisch über: „Vormärzliches“. Hierauf wurden die Schwarzdruckgraveure eruchtet, die ausgegebenen Fragebogen schnellstens auszufüllen und dem Obmann der Agitationskommission zuzusenden. Der Vorsitzende beauftragte die Zustände bei der Firma Marchold, Adalbertstraße. Trotzdem bei dieser Firma noch eine zehnstündige Arbeitszeit existiert, verdienen die Kollegen im Accord nur 15 bis 27 M. pro Woche. In letzter Woche sind noch Abzüge von 10 Proz. angeündigt worden. Das Strafgebotssystem ist geradezu empörend. Es werden Strafgebühren bis zur vollen Höhe des Tagelohns diktiert. Auf die Verwendung haben die Arbeiter keinen Einfluß.

Die Töpferträger hielten am Sonntag eine stark besuchte Versammlung ab, um den von der Lohnkommission ausgearbeiteten erhöhten Lohnsatz durchzuführen. Der bestehende Tarif läuft am 31. Dezember d. J. ab und wird seitens der Arbeiter geändert werden. Außer einem spezialisierten Accordtarif ist zum erstenmal auch für Lohnarbeit ein solcher aufgestellt. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden einschließlich der üblichen Pausen. Der Vorstand wurde beauftragt, den Tarif unverzüglich der Töpfer- und Ofenfeuertarifsammlung zur Annahme zu unterbreiten.

Köpenick. Am 18. August hielt der socialdemokratische Wahlverein seine Versammlung im Lokal des Herrn Scheer ab. Genosse Jubel referierte über die bevorstehenden Landtagswahlen. — Als Delegierte zur Generalversammlung des Central-Wahlvereins wurden Herbst und Müller gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende die Abrechnung vom Stiftungsfest, wonach trotz des schlechten Besuches noch ein Ueberschuß von 10 M. zu verzeichnen ist.

Der Wahlverein für Reinickendorf hielt am 19. August seine regelmäßige Vereinsversammlung ab, in der Dr. Vorkardt über die preussischen Landtagswahlen referierte. Eine kurze Diskussion folgte dem mit Interesse und Beifall aufgenommenen Vortrag. Für die am 20. August stattfindende Kreisversammlung wurden außer dem Vertrauensmann Schumacher die Genossen Schiller und Holz für den Osten, Herms und Grams für den Westen als Delegierte gewählt. An Stelle des Verisigenden Fey, welcher sein Amt quittiert hat, ist in der nächsten Mitgliederversammlung eine Neuwahl erforderlich. Nachfragen und richtig zu stellen ist in dem Bericht vom 22. Juli: Als Kassierrevisoren sind gewählt worden: Raafand, Simon und Thaleke. Ferner sind in veröffentlicher Berufsstatistik neun Töpfer aufzunehmen.

Die Zahlstelle Charlottenburg des Centralverbandes der Maurer hielt am 18. d. M. eine Mitglieder-Versammlung ab, welche sich mit den heutigen Verhältnissen auf den Bauten beschäftigte. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht vom zweiten Quartal 1903. Danach betragen die Einnahmen sowie die Ausgaben der Hauptkasse 5183,70 M., Einnahmen der Lokalkasse 665,22 M., Ausgaben 857,76 M., bleibt Bestand 207,46 M. Die Mitgliederzahl beträgt 756.

Aus der Frauenbewegung.

Die Parteigenossen und Genossinnen von Rigdorf werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, den 27. August, im Lokal des Herrn Thiel, Bergstraße 151/52, eine öffentliche Versammlung der Frauen des Kreises Teltow-Verlöv-Charlottenburg stattfinden. Die ehemaligen Mitglieder des geschlossenen Wahlvereins werden ersucht, durch guten Besuch dieser Versammlung ihr reges Interesse für socialdemokratische Ideen zu zeigen. Tagesordnung siehe später Annonce. Die Vertrauensperson.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Katholikentag.

Köln, 24. August. (B. Z. V.) In der ersten geschlossenen Generalversammlung regte Justizrat Dr. Borch einen großen Völkergang nach Rom an. Dann wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt, die Versammlung begrüße Papst Pius X. mit Ehrfurcht und Liebe; zugleich erhebe sie Einspruch gegen die Lage des päpstlichen Stuhles seit dem Jahre 1870 und verlange, daß dem Papste die Unabhängigkeit und wirkliche Freiheit voll und ganz wiedergegeben werde. An den Kaiser wurde ein Ergebnisteilegramm abgefaßt.

In der nachmittags eröffneten ersten öffentlichen Versammlung gedachte der Präsident Dr. v. Drieger der freundlichen Beziehungen Leo's XIII. zu dem deutschen Kaiser. Kardinal-Erzbischof Fischer spendete alsdann den Segen und führte aus, die rheinischen Katholiken seien gute Patrioten und gute Deutsche. Das rheinische Volk halte treu zu seinem Glauben, aber auch treu zu seiner Heimat, seinem Vaterlande und Kaiser, der die rheinische Art kenne und auch für seine katholischen Unterthanen ein warmes Herz habe. Hierauf sprach Dr. Kumpf-Rüchgen über die römische Frage.

Braud eines Warenhauses.

Budapest, 24. August. (B. Z. V.) In dem Goldbergischen vierstöckigen Warenhaus brach heute abend Feuer aus, das rasch um sich griff. Von dem Personal retteten sich zunächst nur diejenigen Angestellten, welche in den Partieräumen beschäftigt sind. Mittels des Sprungtuches retteten sich bis 8 Uhr abends 15 Personen. Von weiteren Personen, die sich der Sprungtücher bedienen, kamen 9 ums Leben, 8 wurden tödlich, 2 leichter verletzt. Wieviel Personen in den Flammen umgelommen sind, konnte bis 10 1/2 Uhr abends nicht festgestellt werden, da das ganze Gebäude um diese Zeit noch immer brannte.

Frankfurt a. M., 24. August. (B. Z. V.) Laut Polizeibericht sind hier in der letzten Zeit mehrere Typhuserkrankungen vorgekommen, die auf den Genuß roher Milch oder rohen Rahms zurückzuführen sein dürften.

Konstantinopel, 24. August. Die russische Regierung hat sich durch die Antwort der Pforte für befriedigt erklärt, jedoch erwarte sie sofortige genaue Durchführung des Versprochenen. Der Sultan hat dem Kaiser von Rußland und die Pforte der russischen Regierung für die Rückberufungsbefehle der russischen Flotte von Imada gedankt.

Nochmals die „Vorwärts“-Druckerei.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Infolge der Erklärungen der Geschäftsleitung des „Vorwärts“ am Freitag und Sonnabend vergangener Woche im „Vorwärts“ sah sich der Vorstand des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen und gemeinsam mit dem Vorstand des Stereotypenvereins die folgende Entgegnung zu verfassen:

Anfangs dieses Jahres hat eine viergliedrige Kommission des Fachvereins der Stereotypen sich bereits beschwerdeführend an den Abg. Singer gewendet. Den Anlaß dazu bot die Verletzung des Stereotypenvereins sowie die Behandlung Wiefelsfelds und das Ersuchen um Bemützung des Arbeitsnachweises. Nach einschlägiger Erörterung, namentlich des Arbeitsnachweises wegen, hat der Abg. Singer der Kommission das Versprechen gegeben, nach Rücksprache mit der Geschäftsleitung, die gerügten Mängel zu beseitigen. Da nun trotz dieses Versprechens eine Aenderung nicht eintrat, sah sich der Stereotypenvereins-Vorstand veranlaßt, an die Geschäftsleitung brieflich das Ersuchen zu richten, Rücksprache über diese Angelegenheiten zu pflegen. Die Antwort des Geschäftsführers hieß: laute, daß er es nicht für geeignet halte, auf die oben erwähnten ersten Punkte einzugehen, dagegen sei er gewillt, wegen des Arbeitsnachweises in Unterhandlung zu treten. Worauf dann am 12. März eine kurze Besprechung mit dem Vorstand des Stereotypenvereins und der Geschäftsleitung stattfand, welche die Veranlassung war, daß bald darauf eine Aussprache zwischen der Reumerkungskommission, den Firmenträgern und der Geschäftsleitung, sowie von unserer Seite dem Gauvorsitzer, von Seiten des Stereotypenvereins Scheibach, Knorr und Krüger und den Stereotypenvereins „Vorwärts“ Wiefelsfeld und Heyne stattfand. Außer anderen Angelegenheiten, die bei dieser Sitzung zur Sprache kamen, war es auch der Arbeitsnachweise, der Veranlassung zu einer längeren Besprechung gab. Dazu bemerkte der Gauvorsitzer in erster Reihe, daß die Geschäftsleitung nicht gehalten ist, einen Leiter oder Abteilungsleiter durch den Arbeitsnachweise zu engagieren, sondern freies Verfügungsrecht ihr hier zustehe, dagegen verlange man von ihr, daß sie in allen übrigen Fällen den Nachweis in Anspruch nehme. Hierauf wurde von dem Abg. Wiefelsfeld erklärt, daß er das Verlangen verstehe und auch für notwendig halte, daß diesem in Zukunft stattgegeben sei. Es ist somit der Geschäftsleitung bewiesen, daß das Versprechen den anwesenden Vertretern der Organisation gegeben ist, jedenfalls nahmen diese letzteren an, daß dies eine bindende Zusage sei, wenn sie auch nicht die Geschäftsleitung, wohl aber gerade weil sie die Firmenträger gegeben haben. Trotz dieser zugehenden Erklärung ist aber der Stereotypenvereins längere Zeit später doch wieder unter Umgehung des Arbeitsnachweises von der Geschäftsleitung eingestellt.

Das entlassene Mitglied W. fühlte sich gemahregelt, woraufhin der Gauvorsitz sich mit dessen Angelegenheit beschäftigten mußte. Der Arbeiterausschuß der „Vorwärts“-Druckerei berief auf Wunsch des Vorstandes eine Geschäftsberatung ein. Nach einer 8 1/2 stündigen Aussprache erklärte sich die Versammlung mit 60 gegen 6 Stimmen mit einer Resolution einverstanden, in welcher die Wiedereinstellung des Kollegen W. gefordert wurde, weil die gegen ihn vorgebrachten Gründe nicht stichhaltig waren, im Gegenteil erklärte sogar der Geschäftsführer Hahn, daß er mit W.'s Leistungen und technischen Fähigkeiten vollständig zufrieden sei. Die Behauptung von der Geschäftsleitung des „Vorwärts“, daß die Veranlassung eine Ueberumpelung oder die Resolution nicht zur Besprechung gekommen sei, entspricht demnach nicht den Tatsachen.

Wenn nun trotz der Annahme der Resolution des Geschäftspersonals die Wiedereinstellung W.'s unterblieb, so sind hierfür die Ursachen darin zu suchen, daß die Geschäftsleitung mit dem Gauvorsitz und dem Vorstand des Stereotypenvereins, in Anwesenheit zweier Vertrauensleute der Zeitung nochmals diese Angelegenheit verhandelte, worauf dieselbe ihre Erledigung dadurch fand, daß erstens mal die Geschäftsleitung das Versprechen gab, daß mit dem Stereotypenvereins jede Einstellung erledigt werde; zweitens, daß der Stereotypenvereins, der mit der Veranlassung zu dem Konflikt gegeben, ebenfalls die Konsequenzen aus seiner Handlungsweise zog. Mit dieser Lösung erklärte sich auch W. einverstanden.

Zu der Erklärung im „Vorwärts“, den Kollegen W. betreffend, haben wir noch zu bemerken, daß es und unerwünscht bleibt, wenn die Geschäftsleitung in der Druckereiverammlung, die nur von dem Personal und den betreffenden Vorständen besucht war, Anstand nahm, die noch mitteilbaren Gründe zur Entlassung W. mitzuteilen, dagegen aber jetzt der breitesten Öffentlichkeit gegenüber durch solche eine verdächtigende Rhetorik die Existenz eines Arbeiters zu gefährden sucht. Diese Handlungsweise überlassen wir getrost der Beurteilung jedes rechtlich denkenden Arbeiters.

Der Gauvorsitz sieht sich ferner veranlaßt, noch besonders hervorzuheben, daß das ganz unmotiviert eingeleitete Verleihen des „Correspondent“ in der Schlussnotiz der ersten Erklärung der Geschäftsleitung im „Vorwärts“ den Eindruck auf ihn gemacht habe, als sollte damit dem „bekanntem“ Stimmungsmachen gegen die Buchdrucker Genüge getan werden.

Zum Schluß stellen wir noch fest, daß nicht wir, sondern die Geschäftsleitung selbst hat auf Grund eines Berichtes der Stereotypenvereins-Versammlung die Öffentlichkeit beschritten. Wenn sie an diesem Bericht Anstoß nahm, hätten da nicht die drei Buchdrucker, welche die Geschäftsleitung repräsentieren, leicht einen andern Ausweg finden können?

Berlin, 23. August 1903.

Der Vorstand des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.

J. A.: Albert Rassin, Gauvorsitzer.

Die Antwort unserer Geschäftsleitung auf die vorstehende, in verschiedenen Punkten unzutreffende Darstellung bringen wir in der nächsten Nummer unseres Blattes.

Redaktion des „Vorwärts“.

Lokales.

Älterdschwache Zeitung. Die über 200 Jahre bestehende Berliner „Konditor“ und „Pfeffersüßler“-Zeitung hat ihre Auflösung beschlossen. Ein Teil der Mitglieder ist damit nicht einverstanden und will die Rechtsgültigkeit des Beschlusses unter Hinweis auf verschiedene Formschüler anfechten.

Die Angelegenheit des Gärtners Ernst Schulze wird voraussichtlich aufgelöst werden können. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß sich wird feststellen lassen, auf welche Weise der 72-jährige geisteskranke Mann, der sich am 24. Juli aus seiner Wohnung entfernt hatte und dann Wochen hindurch verstreut umhergeblieben war, zu den Wunden gekommen ist, die am 12. August bei seiner Wiederauffindung durch seine besorgten Angehörigen an ihm entdeckt wurden. Herr Schulze sollte noch am 11. August, wo er wegen der Unmöglichkeit, sich auf seine Wohnung zu besetzen, von der Polizei als wohnungslos dem städtischen Obdach überwiesen wurde, nach der Versicherung des Polizeipräsidenten jene Wunden nicht aufgewiesen haben. Wir bezweifelten das, weil die Wunden den Eindruck machten, schon älteren Datums gewesen zu sein. Sinterher wurde dann auch von einem Wärter der Stadtvogtei, in der Herr Schulze unter der Verhütung, „gebettet“ zu haben, vom 25. Juli bis zu seiner am 11. August erfolgten Freisprechung zurückgehalten worden war, den nachforschenden Angehörigen gesagt, die

Wunden seien schon in der Stadtvogtei, aber aus heiler Haut entstanden. Diese „Entstehung aus heiler Haut“ wurde wieder von dem Arzt bezweifelt, den die Angehörigen des Herrn Schulze zu Rate gezogen hatten. Inzwischen ist es uns geglückt, Personen zu ermitteln, die als Stadtvogtei-Gefangene mit Herrn Schulze denselben Raum geteilt haben, und wir haben sie darüber befragt, was sie dort in Sachen Schulze wahrgenommen haben. Wir wiederholen nunmehr unsern am Sonntag gemachten Vorschlag, daß in dem von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Verfahren „wider Unbekannt“ auch die Mitgefangenen vernommen werden. Polizeipräsident und Staatsanwalt haben ja die Ermittlung der in Betracht kommenden Personen sehr viel bequemer als wir; es wird also ganz gewiß auch ihnen gelingen, was uns geglückt ist.

Ein peinlicher Vorfall hat sich am Friedrichs-Realgymnasium in der Albrechtsstraße zugetragen. Ein 27 Jahre alter Kandidat des höheren Schulamtes Namens Damrow war zur Aufnahme beim Turnunterricht herangezogen worden. Nach den ersten Stunden, die er mit einem anderen Lehrer gemeinschaftlich erteilt hatte, kam es zu einer unliebsamen Entdeckung. Die Unterlehrer und die Obertertia hatten getrunken. Die Vertischen, Portemonnaies usw. der Schüler waren wie immer gesammelt und in einem neben der Turnhalle gelegenen Zimmer in einen nicht verschlossenen Schrank gelegt worden. Dortin hatte auch ein anderer Lehrer 240 M. eingezogenes Schulgeld gelegt. Nach der Turnstunde hatte sich herausgestellt, daß von diesem Gelde 40 M. fehlten. Das Verschwinden der 40 M. war rätselhaft, aber sie waren und blieben weg. An den Kandidaten, der mit dem anderen Lehrer den beurlaubten Turnlehrer vertrat, dachte natürlich niemand. Die Schüler traten sämtlich an und wurden befragt, aber auch hiermit kam man nicht weiter. Auch die eindringlichsten Ermahnungen hatten immer wieder nur den Erfolg, daß jeder versicherte, er wisse nichts von dem Verschwinden des Geldes. So ging man nach Hause, ohne daß das peinliche Rätsel gelöst war. Da kam am nächsten Tage eine neue Ueberraschung. Der Vater eines Schülers, der Inhaber eines Bank- und Wechselgeschäftes Namens K., brachte die Nachricht, daß seinem Sohne während derselben Turnstunde 30 Mark und ein Fünfdollarsstück aus dem Portemonnaie entwendet worden seien. Der Schüler hatte in den Ferien seine Großmutter in Amerika besucht und von dieser das entwendete Geld mitgebracht. Obwohl ihm Urlaub des gestohlenen Betrages angeboten wurde, machte K. doch Anzeige bei der Polizei. Diese ermittelte, daß in der frühesten Zeit in einer Wechselstube am Anhalter Bahnhof ein Fünfdollarsstück in deutsches Geld umgelegt worden war und zwar von einem Manne, dessen Beschreibung auf Damrow genau paßte. Ein Kennzeichen war insbesondere das hellblonde Haar des Kandidaten. Nun wurde Damrow zur Rede gestellt, aber er wies den Vorwurf mit gut gespielter Entrüstung von sich ab. Auch den Rat, bis zum nächsten Mittag den entwendeten Betrag zu ersetzen, ließ er völlig unbeachtet, er unternahm nicht das geringste, seinen schweren Fehler wieder gut zu machen, so weit es überhaupt möglich war. Nunmehr wurde er verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt, während seine Mutter den Betrag deckte. Der junge Mann hatte das entwendete Geld in liebesüchtiger Gesellschaft verjubelt. Da außer ihm beim Turnen noch ein Lehrer zugegen gewesen war, so hatte er die Möglichkeit gehabt, sich während des Unterrichts auf einen Augenblick zu entfernen und in das Zimmer zu begeben, in dem die beim Turnen lästigen Sachen der Schüler aufbewahrt wurden.

Wegen einer schweren Beschuldigung ist gegen einen Dr. F. ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Die 18 Jahre alte Tochter Helene der Arbeiterwitwe W. aus Kallberge-Müdersdorf diente ein Jahr lang bei einer Rentnerin in der Frobenstraße. Bei der Dienstherrin ging deren Kasse Dr. F. aus und ein. Er besah sich auch einen Schlüssel zur Wohnung. Bei einem seiner häufigen Besuche traf nun Dr. F. vor einer Woche Helene W. allein zu Hause und bemerkt nach der Behauptung des Mädchens die Gelegenheit, sie in der Küche zu überfallen. Der Versuch, sie zu vergewaltigen, gelang ihm nicht, dagegen verletzte er sie, während sie sich gegen ihn wehrte. Das Mädchen verließ sofort den Dienst und teilte den Vorfall einer Schwester mit, die in einem hiesigen Geschäft angestellt ist und in der Varnsdorferstraße wohnt. Auf deren Veranlassung kam die Mutter aus Müdersdorf hierher und beide machten der Polizei Anzeige. Bei seiner Vernehmung bestritt Dr. F. ein Mann von 27 Jahren, den ganzen Vorgang, während Helene W. bei ihrer Darstellung bleibt. Die ihr vorgehaltenen auffallenden Thatsachen, daß sie nicht um Hilfe rief, erklärt sie damit, daß Dr. F. auf ihr gekniet und sie am Schreien verhindert habe. Unterdessen ist nun das bis dahin völlig gesund gewesene Mädchen geisteskrank geworden. Bei der Vernehmung war davon noch nichts zu merken, die ersten Spuren zeigten sich in dem neuen Dienste, den es in der Ritterstraße antrat. Hier wurde sie immer aufgeregter, ihr Wesen immer absonderlicher. Nach vierzehn Tagen verließ sie den Dienst und zog zu einer verwitweten Kangleistin in der Tempelherrenstraße. Dort verschlimmerte sich ihr Zustand noch weiter. Am Wittnoco bekam sie Schreitämpfe. Dann ergriff sie ein Messer und stach mit den Worten: „Ich steche den Hund tot, den Fuchs, der mir alles rauben wollte!“ wild um sich. Eine Nichte der Dienstherrin und eine Frau aus dem Hause wußten sie schließlich zu beruhigen und brachten sie dann in eine Anstalt.

Mit dem vor zehn Monaten erfolgten Verschwinden des Kaufmanns Julius Steinauer beschäftigt sich die Kriminalpolizei noch fortgesetzt, unternahm aber als auch in maßgebenden Kreisen immer mehr die Anschauung, daß St. das Opfer eines Verbrechen geworden ist. Man greift. Die Behörde hatte angenommen, daß der in der vorigen Woche in der Spree angeschwemmte Kopf eines Mannes mit demjenigen Steinauers identisch sein könnte. Demgemäß bei dem vorgeschrittenen Verwundungsprozess eine genaue Rekonstruktion nicht mehr möglich ist, war ein Anhalt für die Annahme nicht vorhanden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß der aufgefunden Kopf höchstens sechs bis acht Wochen im Wasser gelegen hat und durch eine Dampfstrahlbohrung vom Körper abgerissen worden ist. — Steinauer ist am Tage seines Verschwindens, wie schon seiner Zeit gemeldet wurde, in Begleitung eines unbekanntes Mannes gesehen worden. Alle Vermutungen über die Persönlichkeit des Fremden irgend welche Auskunft zu erlangen, waren vergeblich, und da trotz der wiederholten Hinweise auf das Verschwinden Steinauers sich der Betreffende nicht gemeldet hat, muß mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß der Unbekannte irgendwie mit der rätselhaften Affäre in Verbindung steht. Steinauer hat, wie schon mehrfach hervorgehoben wurde, als er sich aus seiner Wohnung entfernte, Bargeld und Schmucksachen von etwa 4000 M. Wert bei sich geführt.

Wegen Sammelns für die Unkosten des Parteitagcs wurden in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag drei Arbeiter zur Woche festgesetzt und ihnen eine Liste nebst dem darauf gezeichneten Betrag von 5,70 M. abgenommen. Unser Genossen hielten sich im „Café Centrum“ in der Landsbergerstr. 46 auf, wo sie den Wirt baten, solchen Äußerungen, welche unseren Bestrebungen geneigt wären, die Sammelliste vorlegen zu dürfen. Als das verweigert wurde, sahen die Genossen von einer Sammlung ab und tranken ruhig ihr Bier aus. Ramentlich scheel angesehen wurden sie ob des an den Wirt gestellten Verlangens weniger von diesem selbst als von dem Herrn Oberkellner, der nicht unterlassen konnte, allerlei Andeutungen dahingehend zu machen, als wollten die Genossen das Geld im eigenen Interesse verwenden. Als die so Abgewiesenen das Lokal verließen, standen merkwürdigerweise draußen zwei Schulleute, welche die Verbrecher in Empfang nahmen, als kurz nach ihnen — der Kellner in die Thüre trat. — Es muß ebenso wundernehmen, daß die Schulleute von dem Vorgang im Lokal unterrichtet waren, als auch daß sie unter den heranstretenden Gästen gerade die heraus-

griffen, um derentwillen sie offenbar vor der Thüre Aufstellung genommen hatten. Freilich wurden auch die übrigen Gäste nicht in so höflicher Weise bis vor die Thüre begleitet.

Eine ungetreue Buchhalterin. Bei der Kurzwaren-Engrosfirma Karl C. in der Klosterstraße war seit mehreren Jahren ein junges Mädchen angestellt, das sich durch Fleiß und Tüchtigkeit auszeichnete und sich das vollste Vertrauen ihrer Vorgesetzten zu erringen verstand. Durch einen Zufall kam man unrichtigen Eintragungen und der Fälschung von Quittungen auf die Spur, deren Urheberin die erwähnte Angestellte war. Sie soll die Manipulation seit längerer Zeit fortgesetzt und eine nicht unerhebliche Summe auf diese Weise unterschlagen haben. Die 23-jährige junge Dame stand, wie ermittelt wurde, zu einem 17-jährigen Mädchen in Beziehungen, welcher der Mitwisser, vielleicht sogar der Veranlasser ihrer Veruntreuungen gewesen ist. Um ihren Geliebten reich beschenken und sein ausstatten zu können, hat sich das junge Mädchen an fremdem Eigentum vergreifen und das Vertrauen ihres Chefs schändlich mißbraucht. Von der Entdeckung ihrer Unterschlagungen überrascht, hat die ungetreue Buchhalterin alles eingestanden. Der Fall ist der Kriminalpolizei angezeigt worden.

Auf einer Eisenbahnfahrt gestorben ist vorgestern nachmittag der Rektor Eggert von der 100. Gemeindschule in der Stephanstraße Nr. 3. Eggert, der wegen eines Herzleidens erst kürzlich ein Bad besucht hatte, fuhr mit seinen Angehörigen nach Königswusterhausen, um ein Grundstück zu besichtigen. Er trug sich mit dem Gedanken, sich beim Eintritt in den Ruhestand dort anzulassen. Ein plötzlicher Tod aber machte allen seinen Plänen ein Ende. Auf der Rückfahrt wurde der alte Herr von einem heftigen Unwohlsein befallen und bevor man noch nach Berlin kam, war er schon tot. Die Leiche wurde auf der Station Stralau-Rummelsburg einzuweisen in einem Dienstraum geborgen und später von dort nach der Wohnung abgeholt. Ein Herzschlag hatte dem Leben des Mannes ein Ende gemacht.

Plötzlich gestorben ist auch Professor Dr. Julius Lange, der Direktor des Königsstädtischen Realgymnasiums, am Sonnabendabend bei einem Mahle im Kreise seiner Freunde und Amtsbrüder.

Das achtslose Wegwerfen eines Obstrekes führte gestern wieder zu einem Unfall. Die 77 Jahre alte Tischlerfrau Emilie Müller aus der Friedenwälderstr. 6 trug mit ihrem Manne einen Holzkasten mit Wäsche über die Straße. An der Ecke der Brunnens- und Beteranenstraße glitt die Greisin auf einem Obstreke aus und fiel so unglücklich hin, daß sie sich auf dem Wäschekasten die Nase zerbrach. Die Verunglückte wurde nach ihrer Wohnung gebracht, nachdem sie von einem Heilgehilfen einen Verband erhalten hatte.

Aus Dallwitz entsprungen war am Donnerstag der 41 Jahre alte Schlächtergeselle Emil Schirmer, der sich schon seit geraumer Zeit in der Anstalt befand. Am Freitagabend fand ihn ein Schuttmann des 40. Reviers besinnungslos auf dem Kronaplatz liegen und brachte ihn mit einer Droschke nach der Rettungswache in der Kottbuser Allee. Hier erlachte der Arzt, daß er sinnlos betrunken war, und ließ ihn mit einem Kutschenwagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen. Gestern wurde Schirmer wieder nach der Irrenanstalt gebracht. Wie er entkommen war und woher er das Geld zu Schnaps hatte, ist nicht bekannt.

Eine Familie unter dem Straßenbahnwagen. Ein aufregender Vorfall ereignete sich am Sonntagabend gegen 8 Uhr in der Gneisenaustraße. Der Mechaniker Albert Thomashke, Mariannenstraße 40 wohnhaft, war mit seiner Frau und seinem sechsjährigen Lächelnden Knaben spazieren gewesen und trat gegen 1/3 Uhr abends den Rückweg an. Vor dem Hause Gneisenaustraße 59/60 wollten die drei Personen den Fahrdamm überschreiten und ließen einen Straßenbahnwagen der Linie 80 (Winterfeldplatz—Müllerstraße) vorbeifahren. In derselben Zeit kam aus der entgegengesetzten Richtung der Motorwagen 1840 derselben Straßenbahnlinie herangefahren. Th. verfuhr mit seinen Angehörigen noch vor diesem Wagnis das Geleise zu überschreiten; er hatte jedoch wohl die Entfernung nicht richtig berechnet, und alle drei Personen wurden von der Vorderplattform des Kraftwagens erfasst und niedergebissen. Herr und Frau Thomashke wurden zur Seite geschleudert, während das Kind unter die Vorderplattform geriet. Der Fahrer des Straßenbahnwagens, der die Gefahr rechtzeitig erkannt hatte, bremste mit aller Gewalt, und durch Abgabe von Gegenstrom gelang es ihm, das schwere Gefährt so rechtzeitig zum Stehen zu bringen, daß die Kleine vor dem Schuttrahmen liegen blieb und nicht mitgeschleift wurde. Sie kam infolge dessen ebenso wie der Mechaniker mit leichten Hautabschürfungen im Gesicht davon. Frau Thomashke dagegen, die einen Rippenbruch erlitten hatte, mußte nach dem Krankenhaus am Urban überführt werden.

Zwei schwere Unfälle werden vom Sonntag gemeldet. In der Königgräberstraße verfuhr der Radfahrer Ernst Heiser, Stargarderstraße 53 wohnhaft, unmittelbar vor dem Straßenbahnwagen 2246 der Linie Gesundbrunnen—Großdörfchenstraße das Geleise zu kreuzen, um in die Lemnitzerstraße einzubiegen. Hierbei geriet er gegen die Vorderplattform des Waggons und wurde umgestoßen. Er erlitt einen Schädelbruch und innere Verletzungen; er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Der zweite Unfall ereignete sich am Kottbuser Damm. Der Kaufmann Julius Kopp, Engel-Ufer 13 wohnhaft, verließ vor dem Hause Kottbuser Damm 11 einen von ihm benutzten Omnibus der Linie Alexanderplatz—Kirdorf während der Fahrt und glitt dabei aus. A. fiel so unglücklich nach dem Straßenbahngeleise hinüber, daß er mit dem Oberkörper unter die Vorderplattform des in demselben Augenblick vorbeifahrenden Straßenbahnwagens 1326 der Linie 28 geriet. Mit einem schweren Schädelbruch wurde der Verunglückte dem Krankenhaus am Urban zugeführt.

Kleine Ursache, große Wirkung. Die 19 Jahre alte Tochter Frieda des Arbeiters Gdawagal aus der Gleditschstr. 17 half ihrer Mutter beim Austragen von Zeitungen. Bei einer solchen Gelegenheit geriet sie mit dem Pförtner eines Hauses in der Rantelstraße in Streit, weil sie die Kreppe verunreinigt hatte. Da sie den Mann beleidigte, so ging er mit ihr nach der Revierwache. Hier gab sie den falschen Namen Frieda Müller an. Auf telefonische Anfrage bei ihrem Arbeitgeber teilte dieser den richtigen Namen mit und so war die Fälschung sofort festgestellt. Da das Mädchen infolge des Prozessesalles bei vielen Abonementen die Bestellung veräußert hatte, so gerante sie sich nicht mehr nach Hause, als sie von der Wache entlassen wurde, lief vielmehr planlos in Berlin umher und sprang schließlich in den Landwehrkanal, aus dem sie jetzt an der von der Heydt-Brücke als Leiche gelandet wurde.

Den Tod auf den Eisenbahnhöfen suchte und fand am Sonntag nachmittag ein junger Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt ist. Spaziergänger sahen ihn gegen 5 Uhr vor Bahnhof Weimewald auf und abgeben. Kurz hinter dem Bahnhof, in der Nähe von Hundebühl, stürzte er sich dann vor einen von Potsdam kommenden Zug. Der Maschinenführer bremste nach Kräften, so daß der Lebensmüde nicht überfahren wurde. Die Lokomotive schleifte ihn aber eine kleine Strecke mit und hierbei wurde ihm der Kopf zerquetscht. Er war sofort tot. In den Kleidertaschen des Selbstmörders, dessen Leiche nach Schildhorn gebracht wurde, fand man Visitenkarten auf den Namen Kurt Wagner, sonst aber keinen Anhaltspunkt zur Feststellung der Persönlichkeit. Der junge Mann trug einen feinen grauen Gehrockanzug, besaß aber nur noch 80 Pfennig.

Zwei Hoteltschwinder, die als Chefredakteur und Verichterstatte austraten, sind von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen worden. Ein 23-jähriger Julius Brüll und ein 21 Jahre alter Paul Verheiser, die beide aus Wien stammten, hatten in Dresden im Hotel Bristol Wohnung genommen und anscheinliche Zeichen gemacht. Sie erzählten, daß sie für den Berliner Wäcker tätig seien, taten aber überhaupt

nichts. Als es nun zum Bezahlen kommen sollte, reiste Verheiser ab und überließ Will die Begleichung der Rechnung. Er wollte in Berlin den ersten besten Zimmerkellner oder Hotelportier anrufen und dann dem Zurückgebliebenen das erforderliche Geld schicken. Der Pump gelang zwar, aber die Sendung verzog Verheiser. So hatte Will nichts, um die Schulden zu bezahlen, ließ seine geringen Habegegenstände in Eile und fuhr ebenfalls nach Berlin. Hier nahm die von Dresden auf sie aufmerksam gemachte Kriminalpolizei beide fest, nachdem sie schon wieder einige Schwindelereien verübt hatten. Sie leugnen entschieden jede Absicht, zu betrügen, müssen aber zugeben, daß sie keinen Feinling besitzen und können auch nicht sagen, wie sie auf ehrliche Weise zu Geld hätten kommen wollen.

Im Berliner Zoologischen Garten sind neuerdings zwei weibliche Zwerg-Moschustiere aus Geylon eingetroffen, von denen das eine ein wenig ältere als das andere ist, während das andere wohl in Kürze ebenfalls einen Sprößling liefern wird. Sind die alten, nur laienmäßig großen Zwerg-Moschustiere schon an sich die kleinsten Wiederläufer, deren auf äußerlich dünnen und schmal behaarten Läufern ruhender Körper auf gelbbraunem Grunde mit weißlichen Längsstreifen geziert ist, so ist das jüngere ein so winziges Zwerg — nicht größer als ein halbwüchsiges Meerschweinchen —, daß man ordentlich Mühe hat, ihn noch für ein „Gnuffier“ anzusehen. Die kleine Gruppe befindet sich in einem der Glasläge, im Eingang des Antilopenhauses, wo sie in ihrer Rippenförmigkeit so recht zur Geltung kommt, und den Besucher beim Blick auf die größten Wiederläufer — die Giraffen — die Mannigfaltigkeit dieser Tierfamilie drastisch vor die Augen führt. Die Zwerg-Moschustiere oder besser „Karschils“ — denn mit dem Moschustier haben sie nichts gemein — werden als eine der ältesten Haustierfamilien aufgefaßt und sind wohl als Vorläufer der Girsche anzusehen.

Haus den Nachbarorten.

Schwarzendorf. Heute abend 8 1/2 Uhr spricht im Wahlverein im „Wirtshaus Schwarzendorf“ Genosse Brille über das Thema: „Warum müssen wir uns an den Landtagswahlen beteiligen?“ Gäste haben Zutritt.

Zum Teltower Eisenbahn-Unglück.

Auf dem Schauplatz des Teltower Eisenbahn-Unglücks haben in den letzten Tagen Versuche mit Perzeuzugmaschinen, um den Vorgang, wie er sich am 15. August abgepielt hat, in allen Einzelheiten für die zu erwartende Gerichtsverhandlung klarzustellen, die über das Schicksal des angeblich schuldigen Lokomotivführers Schuppe vom Schnellzug 49 entscheiden wird.

Der bedäufliche Lokomotivführer Schuppe schreibt einem hiesigen Blatte über die Angelegenheit folgendes:

Am 15. d. M. hatte ich Zug 49 von Halle a. S. nach Berlin zu befördern. Der Schwere des Zuges wegen (derselbe war 32 Achsen stark) mußte ihm eine Vorparanmaschine mitgegeben werden. Ich hätte nun eigentlich als Führer der Hauptmaschine hinten fahren müssen, fuhr aber, da es die Umstände so mit sich brachten, vorn. Bei der Durchfahrt durch Wittenberg wurde ich durch die Witterung (diese Stationen dürfen nur mit 60 Kilometer Geschwindigkeit befahren werden), daß die Bremsen der Maschine sowohl wie des Zuges in Ordnung waren. Als ich mich der Station Teltow näherte, bremste ich 200 bis 300 Meter vor dem Vorfahrtssignal des Einfahrtssignals der Station Teltow, also 1500 Meter vor dem auf Halt stehenden Deckungssignal der Hauptstrecke. Als ich nun kurz darauf keine Bremswirkung verspürte, nahm ich die Notbremse vor, und als auch diese nicht wirkte, gab ich das Notsignal mit der Dampfpeife ununterbrochen bis zum Zusammenstoß. Erst beim Passieren der auf „Halt!“ stehenden Deckungssignale sah der Zugführer am Manometer im Badwagen, daß der Zug noch nicht gebremst war. Er bremste nun sofort, sich nun erst erklärend, daß mein Notsignal dem Führer der zweiten Maschine und dem Zugbegleitungspersonal gegolten und nicht, wie er bisher geglaubt, Streckenarbeitern. Das Bremsen am Badwagen hatte sofortigen Erfolg: die Geschwindigkeit, die noch 60—70 Kilometer betrug, nahm sofort ab und betrug beim Zusammenstoß kaum noch zehn Kilometer.

Wenn die Kollegen des Herrn Schuppe es ihm bezeugen, daß er in der That, wie von ihm angegeben, das Notsignal gegeben hat, dann dürfte man wohl kaum noch zweifeln können, daß in der That die Bremse verfaßt hat.

Den bei dem Unfall zu Schaden gekommenen Passagieren geht es meist den Umständen nach gut. Der am schwersten verletzte Reisende Hermann Petri, welcher im Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme gefunden hat, befindet sich verhältnismäßig wohl, ebenso der Kaufmann Pray, dem beide Beine gebrochen wurden.

Recht bedenklich verhalten haben soll sich dagegen der Zustand des Korbwagenermeisters Eduard Hegewald aus der Friedrichstraße 88 zu Friedrichshagen, welcher mit dem verunglückten Zug nach Herzberg bei Torgau fahren wollte. Er wurde bei dem Zusammenstoß der Wagen in einem Wagenabteil III. Klasse von einer Wand zur anderen geschleudert, und nachdem er aus den Wagen-trümmern herausgeholt, von einem Arzt auf der Unfallstelle am Kopfe, wo sich eine Verwundung zeigte, verbunden und als Leicht Verletzter sodann entlassen. Nachdem er zu Hause wieder angekommen war, mußte er sich zugleich in ärztliche Behandlung begeben; die Geschwulst fiel auch bald etwas, die Schmerzen im Kopfe haben sich jedoch derartig verschlimmert, daß er schwerkrank daniederliegt. Der Eisenbahnverwaltung ist über das Befinden der Schwerverletzten fortgesetzt Bericht erstattet worden.

Die Frage der Unterführung der Görtlicher Bahn ist jetzt insofern geregelt, als der Rixdorfer Magistrat dem Vorschlage der königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin betreffend die Anlage einer Unterführungstrasse durch den Damm der Görtlicher Eisenbahn im Zuge des Sackführerdammes mit der Maßgabe zugestimmt hat: a) daß die königliche Eisenbahnverwaltung der Stadtgemeinde Rixdorf die Anbringung von Beleuchtungs- und sonstigen Einrichtungen am dem Ueberführungswerk ohne Entschädigung gestattet und b) die Reinigung und Unterhaltung der Straße den polizeilichen Vorschriften gemäß von der Stadtgemeinde übernommen wird. Der Vertrag wird der Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung vorgelegt und deren Zustimmung eingeholt werden.

Wozu die Kasse nicht da ist, dürfte zwei Damen aus Neuruppin klargemacht werden, die nach Hannover fahren wollten, aber versehentlich den nach Rauen abgehenden Zug benutzten. Etwa 100 Meter hinter dem Bahnhof Spandau bemerkten sie ihren Irrtum und hatten nun nichts Eiligeres zu thun, als die Kasse zu ziehen. Der Zug hielt denn auch sofort, die beiden Damen konnten aussteigen, jedoch erst, nachdem ihre Personalien festgestellt worden waren. Die Quittung für ihr sonderbares Auskunftsmitglied dürfte nicht lange auf sich warten lassen.

Kaufmännische Kranten- und Sterbefälle von 1885 (S. 71) SO. 16, Neubrück. 4. Dienstag, den 25. August cr., abends 9 Uhr, im Restaurant Gröblich, Alte Jakobstr. 80: Sitzung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 47. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Karte- und Preisfrage. — Was geschieht in Bulgarien? Von Janko Salafon (Sofia). — Der Geschäftsmaterialismus in den Vereinigten Staaten. Von H. Beer. (Schluß). — Bahnhofsstatistik. Von R. W. — Ein Buch Vorgeschichte des modernen Arbeiter in Deutschland. Von Franz Diederich (Dresden). II. — Literarisches Handbuch: „Reichs-Arbeitsblatt.“ Herausgegeben vom kaiserlichen Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik, Heft 1—3. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen. In der Preisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 6575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist uns soeben die Nr. 18 des 13. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufsatz der Vertrauensperson. — Antiquitäten der Berliner Genossinnen zum Festtage zu Dresden. — Verlängerte Mittagspause oder früherer täglicher Arbeitsantritt für die Arbeiterinnen. II. Von Clara Jettin. — Frauenarbeit in der Konfektindustrie. Von Louise Jick. — Lächerlich. Von Emilia Alciati-Morabini. Deutsch von G. R. — Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Aus der Bewegung. — Heulaktionen: Rumor, das Mündchen des Laubstummens, Erzählung von J. S. Turgensen. Aus dem Russischen überetzt von L. A. Daut. — Notizen: Die Neujahrsfeier der Textilarbeiter in Grummitschan. — Weibliche Fabrikarbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Verzeichnisse Nr. 1908 unter Nr. 3189) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 18. Nummer seines 20. Jahrganges erscheinen lassen, die besonders dem Wechsel in der Befehlung des päpstlichen Stuhles gewidmet ist. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennige.

Willy v. Polenz. Das Land der Zukunft. Preis 6 M., geb. 7,50 M. Berlin 1903. F. Fontane u. Co.

Vermischtes.

Ein seltsamer Unglücksfall ereignete sich, wie aus Paris gemeldet wird, am Sonntagabend 6 1/2 Uhr auf der Zempner Chaussee. Der Boden spaltete sich an einer Stelle in der Breite von sieben und der Länge von zwei Metern, wobei ein Wagen samt Pferd in der Deffnung verankert. Glücklicherweise befand sich der Kutscher nicht auf dem Stuh. Eine Viertelstunde später ertönten vier Explosionen, begleitet von einer Feuergrube, und zwei Platten, welche die elektrischen Leitungen schützten, flogen in die Luft. Die Ursache des Vorkommnisses dürfte in einer Gasentzündung oder in Kurzschluss zu suchen sein. Die Untersuchung ist eingeleitet. Beamte halten die Straße gesperrt, da aus dem Spalt aufsteigende Rauchwolken weitere Explosionen befürchten lassen.

Käuser im Hotel. Der Prokurist des Wiener Bankhauses Rothschild, Stiedry, welcher mit seinem Sohne im „Hotel Jungfrau“ in Interlaken wohnt, wurde nachts in seinem Schlafzimmer von dem ebenfalls in dem Hotel wohnenden spanischen Studenten Marjan aus Barcelona mit noch einem Individuum überfallen, durch Chloroform betäubt und seiner Burschenschaft von 1000 Kronen und 300 Fr. beraubt. Da aber der Zimmerkellner das Gebahren des Spaniers beobachtet hatte, wurde der Räuber verhaftet und ihm das geraubte Geld wieder abgenommen. Die Polizei glaubt, daß man es mit internationalen Dieben zu thun hat.

Briefkasten der Redaktion.

G. W. 100. Rheinland hat mit 37 Proz. im Jahre 1901 fast den geringsten Satz; nur Württemberg hat mit 2,8 Proz. noch weniger. Der höchste Satz hat Preußen mit 15,1 Proz., der Durchschnitt Preußens beträgt 7,2 Proz.

G. C. Freiburg i. B. Und ist derartiges nicht bekannt. Senden Sie sich an die Generalcommission der Gewerkschaften, Berlin SO., Engel-Ufer 15.

Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenrunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

R. 2. 7. Soweit ohne Einhalt in den Vertrag Ihres Vorgängers und ohne mündliche Rücksprache ersichtlich, sind Sie an die Kündigungsklausel und an die Kündigungsfrist gebunden und sind keineswegs berechtigt, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu ziehen. — Halberstadt. 1. und 4. Reim. 2. Sofern nicht für dort ein besonderes Baupolizeirecht oder barikulares Baurecht das Gegenteil bezeugt, ist: Reim. 3. Ja. — G. R. 18. Ober-Schönebeck. Soweit ersichtlich, wäre der Klagenweg ausgeschlossen. — G. W. 100. 1. Bei Gütergemeinschaft gehört das gesamte Vermögen beiden Eheleuten gemeinsam. 2. Wenn kein Testament vorliegt, erben die nächsten Verwandten mit 3 Reim. — G. W. 50. Der Erfolg einer Klage hing von dem Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen und der Ansicht des Richters ab. In einer Klage ist in Ihrem Falle nicht zu rufen. — W. G. Ja. — W. 25. 1. Eine Klage oder Gerichtsbeschuldigung: Reim. 2. Beschwerde beim Amtsgericht ist zulässig. — R. H. 74. Sie sind zahlungspflichtig. — G. W. 7. Empfehlungen von Geschäften im redaktionellen Teil lehnen wir grundsätzlich ab. Lesen Sie den Inzeratenteil ein oder befragen Sie sich das Direktoriatsbüro. — August 5. Soweit ohne mündliche Darlegung ersichtlich, wäre eine Klage ausgeschlossen. — D. C. 47. R. 25. Reim. — G. W. 100. Die Vollstreckung einer rechtskräftig erlassenen Justizrente verfährt in zwei Jahren. Jede gegen die Verjährung des Klägers gerichtete Handlung, z. B. Nachzahlen nach der Bezahlung des Beurteilten, unterbricht die Verjährung.

Marktpreise von Berlin am 22. August 1903

nach Ermittlungen des hies. Polizeipräsidiums.				
Weizen, gut D.-Gr.	—	Raisins, neue D.-Gr.	7,00	5,00
„ mittel	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,80
„ gering	—	„ do. Bauch	1,40	1,00
* Roggen, gut	13,15	Eiseneisenblech	1,60	1,20
„ mittel	—	Rohblech	1,80	1,20
„ gering	—	Dammblech	1,80	1,20
† Gerste, gut	14,50	Butter	2,60	2,00
„ mittel	13,70	Eier 60 Stck	4,00	2,60
„ gering	12,90	Kartoffeln 1 kg	2,40	1,40
† Hafer, gut	16,90	Kale	2,50	1,40
„ mittel	15,20	Jambon	3,00	1,90
„ gering	14,00	Wurst	2,40	1,20
Rüchstroch	4,16	Schmalz	1,80	80
Deu	6,60	Schmalz	3,00	1,90
Erbsen	40,00	Hefe	1,40	70
Speisebohnen	50,00	Ärbsen	18,00	3,00
Linsen	60,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 25. August 1903. Gewas kühl, unbeständig mit schwachen Regenschauern. Röhige Südwestwinde. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 25. August. Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Das Mädchen von Navarra (La Navarraise). — Wägenbrädel.
Schauspielhaus. Der Fremde. — Solon in Lybien.
Neues Opernhaus. Der St. geunzbaron.
Wetten. Hunderttausend Thaler. — Leiffing. Der blinde Passagier. — Deutsches. Donna Anna. — Neues. Doppelfeldmord.
Anfang 8 Uhr:
Liederspielhaus (Kroll.) Liederspiele und Opern. — Wägen nach dem Kasse.
Berliner. Franceschina Treppel: Der Barbier von Sevilla.
Residenz. Lustige Ehemänner. Vorher: Zum Einsiedler.
Thalia. Die Tochter des Herrn Babrichius.
Kleines. Radstahl.
Trianon-Theater. Die Nothbrücke. — Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weisk. Der Fehltritt einer Frau.
Velle-Alliance. Spezialitäten.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Metropol. Neues! Merkwürdiges! Reichshallen. Stettiner Sänger. — Passagier-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 18/19. Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a—5. Zum erstenmal: Doppelfeldmord. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Sternwarte Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstr. 165. !! Menschliches Doppelwesen: die zusammen-gewachsenen Schwestern 20 Jahre alt, spielen Violine!

Deutsch-Amerikanisches Theater

(früher Buntes Theater) 67 Köpenickerstr. 68. Sonnabend, 29. August, 7 1/2 Uhr: Premiere. Gastspiel Adolf Philipp. Ueber'n grossen Teich. Heitere Bilder m. Ges. a. d. Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Abteilungen v. Adolf Philipp. Billets (ohne Vorverkaufsgeld) sind an der Theaterkasse sowie bei A. Wertholm zu haben. Die Theaterkasse ist täglich von 10—8 Uhr abends geöffnet. Die bereits bestellten Billets müssen bis Donnerstag, den 27. Aug., abgeholt sein.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Lustige Ehemänner. Schwank in 3 Akten von Max-Barck. Vorher: Zum Einsiedler. Schwank in 1 Akt von S. Jacobsohn. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntagmorgen 3 Uhr: Nora.

Metropol-Theater

Der größte Erfolg dieser Saison! Wiederauftreten Emil Thomas a. G. Bender. Frid-Frid. Zum 226. Male: Neues! Allerneuestes!

Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13—15. — Kritische Leitung: Paul Hilbits. Täglich: 17182* Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die besten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kasseöffnung ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hoch elegante Regalbahnen, Würfelbahnen, Konditorerei, Blumenstand etc. In den Sälen: Familien-Kränzchen. Schloss Weissensee. „Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch. Täglich: Grosse Theater-Spezialitäten-Vorstellung. Kleinsprogramm, 40 Nummern. Im Bal-champetre: GROSSER BALL. Illumination der Fontains lumineuses. Jeden Mittwoch: GROSSES KINDERFESTENDE MIT GRATIS-VERLOSUNG. Jeden Donnerstag: GROSSES MONTE-ELITE-FOURWORK u. Doppelkonzert. Jeden Sonntag: GROSSES DOPEL-KONZERT. Kasseöffnung. — Volksbelustigungen aller Art.

Luisen-Theater.

Direktion: Ludwig Rosenfeld. Freitag, den 25. August 1903: Eröffnungs-Vorstellung. Das neue Gebot. Schauspiel in 4 Akten. Ernst v. Wildenbruch. Hülse-Borckhaus täglich an der Theaterkasse, im Innendebank, Kunstlerbank und den Warenhäusern von A. Wertholm.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Zum 111. Male: Die Liebes-Insel mit dem sensationellen Post-Ballett. Nur noch bis 31. August. Ein ungetrautes Weib. Wunddrama in 2 Akten, gespielt von Werriand dreifürten Gunden. Neu! Miss Mildred de Grey. Neu! Amerikanische Sensations-Lustspiele.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags: Doppelkonzert. Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte. In der Arena: Raubtier-Spielschule. 6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen: Wochentags 4-5, 6-7 Uhr, Sonntag 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr. Eintritt: Sperrsitze 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr. Das Moto-Mädchen. Mensch oder Maschine? Das neue Rätsel für Berlin! Die Tritons, die besten Taucher der Welt. Walter Steiner, Humorist. Ganz Berlin zerbricht sich schon den Kopf über Aga. 14 erstklassige Nummern. Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Der Fehltritt einer Frau. Best. Stellenbild in 5 Akten v. S. Werner. Anf. 8 Uhr. Morgen: Die Fortsetzung. Sonntagmorgen 3 Uhr: Das Geheimnis des roten Hauses. Im Garten: Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station). Ob schön! Ob Regen! Täglich das vollständigste Konkurrenzlose Rosen-August-Programm! La Ludia. Las Aleros. Clown Dolly mit seinen Helden, Hundchen u. Affen. Hedy Brumion. Die Oolsons. Loro-Quartett. Fritz Brand. Duster Bioscop etc. Sonntags, Sonntag, Montag: Tanz. Anf. 8 Uhr, 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Abends 9 Uhr: Abschied und Heimkehr. Anfang 6 Uhr. Kasseöffnung von 3 Uhr ab geöffnet. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale. Freitag, den 31. August 1903: Schluss der Sommersaison.

Reichshallen

Stettiner Sänger (Kreisel, Pietro, Britton, Steidl, Böhm, Böckmann, Klätner, Schröder u. Eberino jr.) Anfang 8 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Kronleuchter-Fabrik für Gas, Petroleum u. elektrisch Licht 18/15. Siegel & Co., Berlin, Prizzenstr. 33. Grösste Auswahl. Verkauf: Fabrikpreis, an Private. Musterbuch franco.

